

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: 3 Mark pro Monat, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.50 Mark halbjährlich, 6.50 Mark jährlich. Einzelhefte 10 Pfennig. Sonntagshefte 15 Pfennig. Die Neue Welt 10 Pfennig. Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Einzelhefte in die Post-Verwaltung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.10 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Sozialdemokraten nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Stationenzeit oder deren Raum 10 Pfennig für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Verordnungen 10 Pfennig. Kleine Anzeigen, das heißt: kurze Mitteilungen, jedes einzelne Wort 10 Pfennig. Stellenangebote und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Anzeigen über 10 Zeilen haben für zwei Monate. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 26. Januar 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Keine neuen Kämpfe in Montenegro.

## Ein Vertuschungsversuch.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte — offenbar von einem Herrn, der dem Reichsschatzamt sehr nahe steht — vor einiger Zeit einen Artikel über — Steuerfreudigkeit. Bekanntlich hat der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Dr. Geislerich, im Reichstage die Zueversicht ausgesprochen, daß nach dem Kriege „der deutsche Patriotismus sich . . . auch im Steuerzahler zeigen wird. Diesen Patriotismus brauchen wir; und er wird uns nicht fehlen. Sonst könnte man allerdings an der Zukunft des Volkes verzweifeln.“

Von demselben Gedanken geht der Artikel der „Frankfurter Zeitung“ aus. Er beginnt mit der Mahnung: Eine der notwendigsten Eigenschaften des Staatsbürgers nach dem Kriege wird die Steuerfreudigkeit sein.

Und, heißt es dann weiter, je länger der Krieg dauert, um so größer wird nach dem Kriege die Steuerfreudigkeit der Steuerzahler sein müssen, d. h. um so schwerer wird die Last der neuen Steuern werden. Außerdem werden die Arbeiter einen größeren Teil des Arbeitsvertrages beanspruchen müssen. Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt wird schwieriger, die notwendigen Gebrauchsgüter werden teurer sein als vor dem Kriege, und doch werden die Arbeiter nach einer möglichst guten Lebensstellung streben.

„mit dem Rechtssinn der Menschen, die Staat und Besitz mit Aufopferung ihres Lebens gereicht haben, und die nur beides, den Staat und die materiellen Daseinsbedingungen, und ganz gewiß die letzteren, nach dem, was sie für Recht erkennen, gestatten wollen.“

Daher sei die gerechte Verteilung der neuen Steuerlast viel mehr als früher eine Pflicht für Regierung und Parteien wie für die Steuerfähigen selbst:

„Gerade wenn die Lebenshaltung der kleinen Einkommensklassen, von Arbeitern und Mittelstand, ohnehin durch die Wirkungen des Krieges bedroht ist, wächst diese Pflicht einer gerechten Verteilung der neuen Steuerlasten zu einer Aufgabe von entscheidender Bedeutung. Sparamer leben werden alle Volksschichten nach dem Kriege müssen; Einschränkungen werden in allen Schichten nötig sein; und neben überflüssiger Verschwendung, die leicht entbehrt werden kann, werden manche auch auf manches verzichten müssen, was ihnen wirklich eine gute und echte Bereicherung des Lebens war. Das ist der Krieg; es sind die Opfer, die gebracht und mitgedacht werden müssen, weil die Verteidigung des Ganzen sie verlangt hat. Gerade darum aber ist es die wichtigste Aufgabe nach dem Kriege, und eine Aufgabe vor allem auch der Steuerpolitik: die Opfer des Krieges nach dem gewaltigen Opfer an Blut nicht auch noch weiter zu einem Verlust an Volkskraft werden zu lassen, sondern die Lebenshaltung des Volkes, die vor dem Kriege wahrlich noch steigertüchtig war, mit allen Mitteln hochzuhalten.“

Nach diesem etwas langem Vorwort bekämpft der Artikel der „Frankfurter Zeitung“ den jetzt wieder herausgesuchten Grundgedanke: daß für das Reich Steuern auf Vermögen und auf Einkommen nicht in Betracht kommen können. Gegenüber dieser Forderung wird an den Steuerverhältnissen in England nachgewiesen, daß Vermögen und Einkommen viel stärker mit Steuern belastet werden können, als es bei uns der Fall ist. Die reicheren Steuerzahler sollten sich nicht länger gegen neue Reichsteuern auf Vermögen und Besitz sträuben:

„Denn es handelt sich ja nicht darum, ob eine Besitzsteuer an sich wünschenswert ist, sondern um das andere, sehr viel härtere Duz, daß aus dem Ertrage der Volkswirtschaft eine gewaltige Summe mehr als bisher für den Staat unter allen Umständen „konfisziert“ werden muß, und daß auch der Besitz, und zwar in erster Reihe, mit daran tragen muß. Es werden sonstige Quellen anderer Art ohnehin schon noch genügend gleichfalls herangezogen werden müssen.“

So hat sich der Verfasser des Artikels nicht damit begnügt, die Notwendigkeit neuer Reichsteuern auf Vermögen und Einkommen nachzuweisen, sondern er hat auch in den von uns durch den Druck hervorgehobenen Sätzen als selbstverständlich hingestellt, daß alle Volksschichten, also auch die Lohnarbeiter und die ihnen gesellschaftlich gleichstehenden Kreise des Mittelstandes, sparsamer leben müssen, daß ferner andere Einnahmequellen für das Reich als Steuern auf Vermögen und Einkommen genügend „herangezogen“ werden, daß also besonders neue Verbrauchssteuern festgelegt werden. Und um diese Pläne handelt es sich jetzt, da bereits für die nächste Reichstagssitzung im März Vorlagen mit neuen Verbrauchssteuern angekündigt sind. Diese Vorlagen werden von dem Verfasser jenes Artikels als etwas, was sich ganz von selbst versteht, ohne weiteres in Rechnung gestellt. So verhält es sich aber in Wahrheit damit ganz und gar nicht.

Was jetzt sind die Entwürfe für die neuen Verbrauchssteuern noch nicht bekannt gegeben, so daß wir auf ihre

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Januar 1916. (W. Z. B.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
 In Flandern nahm unsere Artillerie die feindlichen Stellungen unter kräftiger Feuer. Patrouillen, die an einzelnen Stellen in die stark zerstörten Gräben des Gegners eindringen, stellten große Verluste bei ihm fest, machten einige Gefangene und erbeuteten vier Scheinwerfer. Der Tempelturm und die Kathedrale von Nieport, die dem Feinde gute Beobachtungsposten boten, wurden angelegt.

Ostlich von Reuville ergriffen unsere Truppen im Anschluß an erfolgreiche Minensprengungen Teile der vordersten französischen Gräben an, erbeuteten drei Maschinengewehre und machten über hundert Gefangene. Mehrfach angelegte feindliche Gegenangriffe gegen die gewonnenen Stellungen kamen über häufige Anfälle nicht hinaus; nur einzelne beherzte Leute verließen ihren Graben, sie wurden niedergeschossen.

Deutsche Flugzeuggeschwader griffen die militärischen Anlagen von Raucy und den dortigen Flughafen, sowie die Fabriken von Baccarat an. — Ein französischer Doppeldecker fiel bei St. Denis (nordwestlich von Thiancourt) mit seinen Insassen unversehrt in unsere Hand.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
 Russische Vorstöße wurden an verschiedenen Stellen leicht abgewiesen.  
**Balkan-Kriegsschauplatz.**  
 Nichts Neues.  
 Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 25. Januar 1916.

**Russischer Kriegsschauplatz.**  
 Gestern fanden wieder verschiedene Teile unserer Nordfront unter russischem Beschuß. An vielen Stellen war die Aufklärungsstätigkeit des Feindes sehr lebhaft.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
 An der Tiroler Front beschloß die feindliche Artillerie die Ortshäuser (Zubilarien) und Caldonazzo (Zuganetal). Am Görzer Brückenkopf fand bei Dolajiva wieder Kämpfe im Gange. Gestern abend war die Tätigkeit der italienischen Artillerie an der lukanländischen Front sichtlich lebhafter.

**Südsüdlicher Kriegsschauplatz.**  
 Die Entwaffnung des montenegrinischen Heeres geht nach wie vor glatt von Ratten. Ueberall, wo unsere Truppen hinkommen, liefern die montenegrinischen Bataillone unter dem Kommando ihrer Offiziere ohne Zögern ihre Waffen ab. Zahlreiche Abteilungen aus Gegenden, die noch nicht von uns besetzt sind, haben bei unseren Vorposten ihre Bereitwilligkeit zur Waffenlieferung angemeldet.

In Skutari erbeuteten wir zwölf Geschütze, fünfshundert Gewehre und zwei Maschinengewehre.  
 Alle aus feindlichem Lager kommenden Nachrichten über neue Kämpfe in Montenegro sind frei erfunden. Daß der König sein Land und sein Heer verlassen hat, bestätigt sich. In dessen Händen derzeit die tatsächliche Regierungsgewalt liegt, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit feststellen, ist aber für das militärische Ergebnis des montenegrinischen Feldzuges völlig bedeutungslos.  
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Doerfer, Feldmarschallsleutnant.

Verteuer. Während des Krieges ist es aber diesen Kreisen in der Regel unmöglich, ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen.  
 Diese Arbeiter, Angestellten und Beamten können die nötige Teuerungszulage nur zu oft nicht erlangen. Der Kleinunternehmer kämpft jetzt meistens noch viel schwerer um seine wirtschaftliche Selbständigkeit als sonst. Unter diesen Umständen muß die weitere Verteuerung der Lebenshaltung durch Verbrauchssteuern dazu führen, daß viele Familien, die schon bisher in unerträglicher Lage waren, ihr Geld noch verschlimmern, und daß andere Familien, die sich bisher noch auskömmlich ernähren konnten, dazu nicht mehr im Stande sind. Wenn diese Familien gezwungen werden, sparsamer als bisher zu leben, sich neue Einschränkungen auferlegen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß die Kraft der Familienangehörigen aufgerieben, unsere Volkskraft schwer geschädigt wird.

Dies muß entscheidend sein für unsere Stellung zu den angeforderten Steuerentwürfen. Hieraus haben wir die allgemeine Aufmerksamkeit immer wieder zu lenken, damit nicht — wie es in dem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ versucht worden ist —, unter einem Schwall von schönen Worten über Volkswohl und Gerechtigkeit die Last der neuen Steuern auf die arbeitende Masse des arbeitenden Volkes trifft, unvereinbar mit Volkswohl und Gerechtigkeit ist.

**Die neuen Steuern.**  
 Die Regierung hält offenbar daran fest, daß es für die Verabschiedung der neuen Steuerentwürfe am besten ist, wenn sie so spät als nur möglich der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Darauf deutet folgende Auslassung der „Berliner Polit. Rundsch.“ hin:  
 „Die gründliche und vorichtige Art der Ausarbeitung der Vorlagen muß naturgemäß geraume Zeit in Anspruch nehmen, so daß es fraglich erscheint, ob für eine Veröffentlichung des Entwurfes zu dem frühen Zeitpunkt, mit dem hier und da annehmend gerechnet wird, auch nur die praktische Möglichkeit besteht.“  
 Nach alledem kann mit der allbezüglichen Bekanntgabe der Entwürfe kaum gerechnet werden; jedenfalls aber werden die interessierten Kreise nach der Bekanntgabe noch genügend Zeit haben, ihre Änderungsansprüche den nachgebenden Stellen zu unterbreiten.“

Die „interessierten Kreise“ umfassen hier das gesamte deutsche Volk, nicht bloß etwa einen kleinen Kreis engerer Interessenten. Indirekte Steuern werden ja nie von den Herstellern der betreffenden Produkte getragen, sondern werden auf die Verbraucher abgewälzt. Man weiß aber aus früheren Veröffentlichungen, daß die Verbündeten Regierungen über das Steuerprogramm längst einig sind, so daß es sich eigentlich nur noch um die formelle Zustimmung des Bundesrats handeln kann. Die Mitglieder des Bundesrats handeln ja nicht etwa selbständig, sondern sind an die Instruktionen gebunden, die sie von der Regierung ihres Staates erhalten. Wenn also die Verbündeten Regierungen einig sind, kann der Bundesrat keine Schwierigkeiten machen.

In einer Auseinandersetzung mit der „Nöln. Volkszeitung“ schreibt die „Post“:  
 „Auch die höchste denkbare Kriegsentlastung kann und vor einer unerhörten Steigerung des Reichsbudgets nicht retten, die wir 1916/17 ihren Anfang nimmt. Nicht früh genug, jedenfalls aber gleichlaufend mit ihr muß der Ausgleich beginnen. Ohne Kriegsentlastung haben wir es sicher mit einer jährlichen Mehreinkaufsumme von mindestens vier Milliarden zu tun. Schon dadurch lassen sich solche Steuerentwürfe nicht auf einmal beschaffen. Nicht aber auch nur die Hälfte des genannten Betrages beschaffen, es würde auch dann dieser Gesichtspunkt nicht davon berührt. Dazu wäre es politisch ein großer Fehler, wenn die Bevölkerung nicht ganz allmählich in einen Zustand hineingeführt würde, der als Ganzes genommen etwas Erschreckendes haben und nur in einer frohenmüßigen Aufnahme die Milderung einer stillen Gewöhnung finden wird. Vermutlich wird der Reichsschatzsekretär, wenn er die neuen Steuerentwürfe einbringt, einen ungeheuren Lieberblick über diejenigen Jahresbeiträge geben müssen, um die es sich bis jetzt handelt. Man kann annehmen, daß erst von diesem Augenblick an sich das deutsche Volk darüber klar werden wird, welche Bunden der Krieg geschlagen hat, und wie große Mittel auf viele Jahre erforderlich sein werden, um diese Bunden zu heilen. Heute steht der größte Teil des deutschen Vermögensverhältnisses wohl noch fast abnungslos gegenüber.“

Besser ist es schon, dem Volke so früh als nur möglich die Wahrheit zu sagen, mit dem System der schleichenden Gewöhnung besser man die Situation nicht. Besser ist es, daß man klar sagt, daß die Steuerentwürfe eine freie Kritik gelte werden kann. Denn die Regierung hat die selbst von den Nationalliberalen nicht mehr zu erhaltenden diese Erörterungen nicht der Zensur zu unterstellen, damit nicht, worin, daß die Kritik nicht gehelligt und nicht verächtlich sein dürfe. Diese letzteren Dinge sind allerdings so häufig und so auslegungsfähig, daß die Kritik auf erhebliche

Einzelheiten nicht eingehen können. Aber aus dem Wesen der Verbrauchssteuern überhaupt ergibt sich der Grund, der namentlich auch während des Krieges jeden Gedanken an neue Verbrauchssteuern ausschließen sollte — selbst bei dem, der nicht auf sozialdemokratischem Standpunkte steht, der also nicht grundsätzlich die Verbrauchssteuern durch Besitzsteuern ersetzen will.

Jede Verbrauchssteuer, die einen größeren Betrag einbringen soll — und solche braucht die Reichskasse — muß gelegt werden auf Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs, auf Verbrauchsgegenstände auch der Arbeiter und des Mittelstandes. Dadurch wird die Lebenshaltung dieser Kreise wieder

Schwierigkeiten stoßen kann. Um so bringender ist es, daß die Vorlagen bald veröffentlicht werden.

Die „Mündener Zeitung“ macht einige Mitteilungen über die neuen Reichsflotten. Danach soll der Frachturkunden- und die Bagel für Bogenladungen auch auf den Stütz- und Eigentumsverkehr ausgedehnt werden, ebenso wie eine Erhöhung der Postgebühren eintreten soll. Jedoch sei eine Entscheidung darüber noch nicht getroffen. An eine Erhöhung der Fahrkartensteuer würde vorläufig nicht gedacht, aber schließlich würde man wohl auch um Zuschläge für die Personenbeförderung nicht herumkommen, wenn nämlich ein zweiter Plan durchgeführt werden soll: eine Bruttoabgabe der deutschen Eisenbahnverwaltungen an das Reich. Auch hierüber würde noch zwischen der preussischen, bayerischen, sächsischen und den anderen Eisenbahnverwaltungen Deutschlands verhandelt, und es sei noch nicht abzusehen, auf welcher Grundlage eine Einigung zustande kommen würde.

### Nikitas Ankunft in Frankreich.

Thon, 25. Januar. (B. Z. V.) Der König von Montenegro ist mit dem Kronprinzen Danilo, dem Prinzen Peter, der Prinzessin Milica und Gefolge gestern nachmittag hier angekommen und im Hotel abgestiegen; es fand großer Empfang statt.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Schwache Artillerietätigkeit auf der gesamten Front. Im Artois Granaten- und Torpedolampf auf den Batterien vor Neuville. Nordöstlich von Roze und östlich Soyecourt, südlich der Somme, beschoß unsere Artillerie Versperrungstollen. Heute morgen zwischen sieben und acht Uhr wurden zehn Geschosse nach Nancy hineingeschossen. Im Laufe der Nacht bombardierten unsere Flugzeuge die Linie Aniz-Baon und die Werke von Rogent l'Abbe. Heute morgen warf ein von unseren Geschwadern, das aus sechs Flugzeugen bestand, einige zwanzig Granaten auf feindliche Lager bei Houthuist und Widdelkerke in Belgien.

Paris, 25. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht von gestern abend. In Belgien nahe der Mündung in der Umgegend von Nieuport unterhielt der Feind ein außerordentlich heftiges Geschützfeuer, bei welchem er nicht weniger als 20 000 Granaten versenkt hat. Nach vorläufigen Mitteilungen hat die deutsche Infanterie vergeblich versucht, vorzubrechen, ist aber durch Sperrfeuer aufgehalten worden; der Feind hat seine Gräben nicht verlassen, bis auf einige Gruppen, welche unser Feuer sofort zerstreut hat. In der Gegend von Boefinghe, Het Sas und Steenstraete war die Artillerie von beiden Seiten gleichfalls sehr tätig; feindliche Abteilungen, welche versucht hatten, den Kanal bei Het Sas zu überschreiten, sind durch unser Infanterie- und Maschinengewehrfeuer, welches durch Geschützfeuer unterstützt wurde, zurückgeworfen worden. Im Artois hat der Feind auf unserer Front westlich der Straße Arras-Lens nach einer Minensprengung einen neuen Angriff, der sich etwas mehr nach Süden wandte, versucht, aber keinen besseren Erfolg gehabt. Nordlich von Soissons haben unsere Batterien feindliche Schützengräben von der Höhe 129 bis östlich von der Ferme Godat zerstört. In der Umgegend von Reims hat unser durch Flieger geleitetes Geschützfeuer eine deutsche Batterie ernstlich beschädigt.

Belgischer Bericht. Die gewöhnliche Tätigkeit der Artillerie an der Front der belgischen Armee: am Vormittag Minenwerferkampf im Abschnitt von Pöfelle.

Orientarmee. Eine Gruppe von 82 französischen Fliegern hat die feindlichen Lager bei Gouggheli und Monastir bombardiert; auf dies letztere wurden von unseren Flugzeugen über 200 Bomben geworfen.

### Die englische Meldung.

London, 24. Januar. (B. Z. V.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Wir brachten in der Nacht bei St. Eloi eine Mine zur Explosion und beschädigten feindliche Laufgräben beträchtlich. Eine kleine Patrouille drang durch die feindliche Drahtverperrung bei Verlorenhoef, feuerte von der Brustwehr in den stark besetzten Laufgraben und kehrte ohne Verluste zurück. Die Artillerie war in der Gegend von Loos auf beiden Seiten tätig. Wir beschädigten die Laufgräben nordöstlich von Armentières beträchtlich und brachten feindliche Laufgrabenmünder bei Piffem zum Schweigen.

### Der Luftkampf an der Westfront.

London, 24. Januar. (B. Z. V.) Meldung des neuterischen Bureaus. Tennant teilte im Unterhause die Ergebnisse der Luftkämpfe während vier Wochen mit. Die Engländer verloren in dieser Zeit 18 Maschinen, die Deutschen sichtlich 9, aber vermutlich 11. Die Engländer unternahmen sechs Bombenangriffe, die Deutschen 13. Die Engländer haben aber dafür 185 Maschinen benutzt gegen 20 auf deutscher Seite. Die Zahl der britischen Flugzeuge, welche über die deutschen Schützengräben flogen, war 1227, die Zahl der deutschen, welche über die britischen flogen, war 310. Tennant wies mit Nachdruck darauf hin, daß die meisten Gefechte hinter den deutschen Linien geliefert wurden und die deutschen Flugzeuge also, wenn sie getroffen wurden, nach ihren Linien zurückfliegen konnten. Darum war es nicht möglich, die Verluste richtig anzugeben. Wenn in den Heeresberichten gemeldet wird, daß feindliche Maschinen benötigt waren, zu landen, war damit gemeint, daß sie niedergegangen waren, ohne daß man feststellen konnte, in welchem Zustande. Der Feind hat vermutlich größere Verluste erlitten, von welchen die britischen Offiziere, die in ihren Berichten bisher sehr genau waren, keine Meldung machen konnten, weil sie darüber keine Sicherheit besaßen.

### Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 25. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 24. Januar. Westfront: Bei Muzt beschoß unsere Artillerie mit Erfolg deutsche schanzende Abteilungen. — An der mittleren Strypa, in der Gegend von Dursanow, wurden Teile des Gegners gleichfalls durch Artilleriefeuer zerstört. — An der unteren Strypa Artilleriekampf. — Im Kampf um den Besitz eines durch Explosion eines Minenganges gebildeten Trichters nordöstlich Czernowitj gebrauchte der Feind Bomben mit erstickenden Gasen. — Kaukasusfront: Bei der Verfolgung des Gegners nahmen wir über siebenhundert Kisten gefangen und erbeuteten Artilleriegeschütze. — Unsere Artillerie beschoß von neuem die Befestigungen von Erzerum. In der Gegend von Melasgert schlugen wir an verschiedenen Orten durch Infanterie unterhaltige Kurden.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom 25. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 24. Januar. Am 22. Januar unternahm unsere Infanterie im Anghelatale keine, ihr uns günstige Vorstöße auf den Abhängen nordlich von Mori. In der Gegend von Riva eröffnete der Feind auf dem linken Ufer der Etsch ein heftiges Geschütz- und Maschinengewehrfeuer auf unsere Abteilungen in den Forts nordlich von Jugualoria, ohne indeß einen Angriff zu unternehmen oder Schaden zu verursachen. Am 25. Januar beschoß unsere Artillerie

Moos und betrieb die feindlichen Truppen, die es besetzt hielten. Die Tätigkeit unserer Infanterie im Ritscher Becken und im Abschnitt von Tolmein hält den Feind fortgesetzt in Atem und zwang ihn, seine Arbeiten zur Verstärkung seiner Stellungen zu unterbrechen. Wir machten einige Gefangene. Gestern nachmittag eröffneten die feindlichen Batterien von den Nordabhängen des Monte San Michele plötzlich ein heftiges Feuer auf unsere Stellungen auf dem Befestigten Berg nordöstlich von Gradisca. Eine schnelle und intensive Konzentration unseres Artilleriefeuers in den betreffenden Abschnitten brachte die feindlichen Batterien in weniger als einer Viertelstunde zum Schweigen.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 24. Januar. (B. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Trak-Front dauern die Stellungskämpfe bei Kut el Amara an. Englische Streitkräfte, die aus der Richtung von Iman Ali Gharbi kamen, griffen am 21. Januar unter dem Schutze von Flugkanonenbooten unsere Stellungen bei Menlahie, etwa 35 Kilometer östlich von Kut el Amara, auf beiden Ufern des Tigris an. Die Schlacht dauerte sechs Stunden. Alle Angriffe des Feindes wurden durch unsere Gegenangriffe zurückgeworfen. Der Feind wurde einige Kilometer nach Osten zurückgetrieben. Auf dem Schlachtfelde zählten wir ungefähr dreitausend tote Engländer. Wir nahmen einen feindlichen Hauptmann und einige Soldaten gefangen. Unsere Verluste sind verhältnismäßig gering. Ein Waffensstillstand von einem Tage, um den der feindliche Oberbefehlshaber, General Khlmer, ersucht hatte, um seine Toten zu begraben, wurde von uns bewilligt. Gefangene erklärten auf unsere Fragen, daß die Engländer außer den Verlusten, die sie in dieser Schlacht erlitten, noch weitere dreitausend Tote und Verwundete in den vorhergehenden Kämpfen bei Scheik Said verloren haben. Infolge unseres Angriffs auf eine andere englische Kolonne, die westlich von Korna aus der Richtung von Muntefik vorzugehen versuchte, wurde der Feind zum Rückzug gezwungen, wobei er hundert Tote zurückließ. Wir erbeuteten eine Anzahl Kamele und hundert Zelte. Sonst nichts von Wichtigkeit.

### Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 24. Januar. (B. Z. V.) Neutermeldung. Der Oberbefehlshaber in Mesopotamien berichtet, daß am 22. auf wenige Stunden ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, um die Verwundeten wegzubringen und die Toten zu begraben. Während der letzten 48 Stunden war der Tigris in Kut um 7 Fuß und in Amara um 2 1/2 Fuß gestiegen, wodurch die Truppenbewegungen zu Lande unmöglich gemacht wurden. — Townsend berichtet, daß er zur Genüge mit allem Möglichen versehen sei und daß seine Truppen nicht wieder im Gefecht waren.

### Grenzgefechte in Deutsch-Ostafrika.

London, 24. Januar. (B. Z. V.) Tennant machte im Unterhause Mitteilung über verschiedene kleinere Operationen in Ostafrika und sagte: Am 21. besetzten unsere Truppen Longido in Deutsch-Ostafrika, ohne auf irgend einen ernstlichen Widerstand zu stoßen, obwohl die heftigen Regengüsse den Vormarsch erschwert.

Notiz des B. Z. V.: Es handelt sich um den in dem Steppengebiet nordwestlich des Kilimandjaro, dicht an der Grenze gelegenen Longidoberg, der bereits wiederholt der Schauplatz von Kämpfen gewesen ist. Aufstellungen sind dort nicht vorhanden.

### Der amerikanische Protest.

Washington, 25. Januar. (Vom Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau.) Die Vereinigten Staaten haben der englischen Regierung durch den amerikanischen Botschafter in London eine Note überreichen lassen, in der Amerika Einspruch erhebt gegen jede Art von Anwendung des Gesetzes betreffend den Handel mit dem Feinde, durch die der amerikanische Handel betroffen werden könnte.

Washington, 25. Januar. (B. Z. V.) Neuter meldet: Die Note der amerikanischen Regierung an Großbritannien, betreffend das Gesetz über den Handel mit dem Feinde, ist durchaus kein Protest, sondern nur eine Vorstellung gegen die Anwendung eines Gesetzes, das, wie die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, das amerikanische Geschäftsleben stören könnte. Es wird in dieser Vorstellung gesagt werden, daß die Regierung das Gesetz für ungerecht hält und daß Ersatz für jeden Schaden verlangt werden wird, den der amerikanische Handel dadurch erleidet. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Beziehungen des amerikanischen und deutschen Kapitals zu den amerikanischen Industrien derartig sind, daß es unmöglich wäre, Deutschland mit Erfolg einen Schlag zu versetzen, ohne den Interessen der Vereinigten Staaten großen Schaden zuzufügen. Die Regierung ist der Ansicht, daß im großen und ganzen das Produkt eines in einem neutralen Staat lebenden Bürgers als neutral aufzufassen sei.

### Amerikanisch-englische Verstimmung.

New York, 24. Januar. (B. Z. V.) (Durch Funkgespräch vom Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau.) Unter der Überschrift „Wachsende Erbitterung gegen England“ bespricht „Evening Post“ in einer Depesche aus Washington ausführlich, wie die britische Diplomatie, welche sich auf dem Balkan durch ihre Kurzsichtigkeit so unheilvoll geirrt habe, in einer nicht zu fernem Zukunft finden dürfte, daß ihr Schvermögen ähnlich beschränkt zu werden sei in bezug auf die Vereinigten Staaten. Denn England beherrscht die Lage unseres Landes nicht mehr so, als es noch vor wenigen Monaten war. Wenn solche Vorzeichen diplomatischer Schwierigkeiten, wie sie jetzt am Horizont erscheinen, allenfalls die amerikanische öffentliche Meinung entfremden, so werden unsere englische Vettern nicht die Einschränkungen des amerikanischen Handels oder des guten, alten amerikanischen Dollars, nicht die Dernburgs und den Ribbiers, sondern nur sich selbst zu tadeln haben.

„Evening Post“ fährt fort: Die Engländer geben dem amerikanischen Handel auf seine Beschwerden immer wieder zur Antwort, daß England die Schlichter der Zivilisation kämpft, und daß deshalb Amerika sich mit Einschränkungen seines Handels und anderen Unannehmlichkeiten abfinden muß. Wenn die britische Regierung nur wüßte, wieviel diese Verschärfung seit langem in den amerikanischen amtlichen Kreisen von seinem Geschmack verloren hat. Es hat begonnen, den amerikanischen Gaumen von England zu erteilen. Unsere Offiziele erklären, und unparteiische Juristen wie Professor Woolsey von der Universität Yale bestätigen diese Meinung. England hat jeden Grundtag des Völkerrechts verlegt. Der viel gerühmte Kampf für Freiheit und Kultur ist zu einem leeren Schlagwort geworden, wenn unsere Offiziele die Erklärung des Königs von Griechenland lesen und an Saloniki und die Vergewaltigung der griechischen Neutralität denken, oder wenn sie gelegentlich die Berichte lesen, wie die hilflosen Mannschaften deutscher U-Boote blutig niedergeschossen wurden, als sie im Wasser um ihr Leben kämpften oder versuchten,

am Bord des „Baralong“ zu klettern, um nicht zu ertrinken. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der „Baralong“-Fall einen peinlichen Eindruck in unseren Regierungen, Kreisen hervorgerufen hat, noch bevor die Deutschen ihre Darlegung des Falles veröffentlicht hatten. Der Unterschied zwischen Deutschlands Verletzungen der Geize der Menschlichkeit und Englands Gesetzesübertretungen ist durch die amerikanische Regierung anerkannt worden, als der zwischen einem Nord- und einem Zivilprozess, der aber auf keinen Fall den kleineren Uebeltäter entlastet. Der Luftsturzfall ist nahe vor seiner Lösung und die Reaktion für das lange Schweigen über Englands Missetaten wird nicht lange auf sich warten lassen. Senatoren und Mitglieder des Abgeordnetenhauses weisen in Privatgesprächen auf die Unvermeidlichkeit einer diplomatischen Auseinandersetzung mit England hin.

England hat nicht getan, um die Neutralen von den Schwierigkeiten zu befreien, denen sie begegnen, wenn ihre Angehörigen auf bewaffneten Handelsschiffen reisen, da keine Anordnungen gegeben worden sind, daß diese sich einer Durchsuchung fügen, obwohl bekannt ist, daß die Mittelmächte die Schiffe nicht ohne vorherige Warnung verlegen würden, wenn sie sicher wären, daß die britischen Schiffe nur als friedliche und nicht Widerstand leistende Handelsschiffe auftreten würden. Die Beschlagnahme amerikanischer Post hat Anlaß zu neuer, nicht unbeträchtlicher Verstimmung gegeben. Auch die unnötige Antwendung des Verbotes des Handels mit dem Feinde auf die in den Vereinigten Staaten und anderen entlegenen neutralen Ländern, wie den südamerikanischen Republiken und China wohnenden Deutschen hat einen ungünstigen Eindruck gemacht. Wenn auch die Vereinigten Staaten keinen gesetzlichen Anlaß zum Eingreifen in diesen Dingen haben, wird die Reihe solcher Maßnahmen in vieler Beziehung als unfreundlich aufgefaßt.

Nicht durch diplomatische Einwirkung, sondern durch den Druck der öffentlichen Meinung hoffen die Vereinigten Staaten, würden die Regierung und das Volk Englands dazu kommen, den amerikanischen Standpunkt besser zu würdigen und die Notwendigkeit zu erkennen, die Grenzen der amerikanischen Geduld oder des amerikanischen Empfindens, wenn diese zu sehr in Anspruch genommen werden, nicht zu unterschätzen. Man vertraut darauf, daß die englischen Staatsmänner eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen, sobald sie sie in ihrem wahren Lichte sehen.

### Der spanische Ministerpräsident und die Verschärfung der Blockade.

Madrid, 25. Januar. (B. Z. V.) Meldung der Agence Sabas. Im Ministerrat wies Ministerpräsident Graf Romanones auf die Bedeutung des Entschlusses Englands hin, die Blockade gegen Deutschland enger zu gestalten, was dem spanischen Handel Schaden werde.

### Annahme des Wehrpflichtgesetzes in dritter Lesung.

London, 25. Januar. (B. Z. V.) Das Unterhaus hat die Militärdienstbill mit 338 gegen 36 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

London, 24. Januar. (B. Z. V.) „Times“ bespricht die Änderungen der Dienstpflichtbill. Die Zustände, die die Regierung mache, seien vielfach von Schwäche nicht zu unterscheiden. Ihre wirklich schlechten Wirkungen würden durch die immer wachsende Zahl der ausgenommenen Berufe vergrößert. Die Einwendungen Lord Verhys seien erfolglos geblieben. Das Blatt ist mit der Erklärung Lord Kingsners nicht einverstanden, daß die Bill ihm die notwendigen Mannschaften geben werde, deren er zum Siege bedürfe. Es sei jetzt ganz unberechenbar, wieviele Rekruten die neue Bill einbringen werde. Dabei sei viel Zeit verloren worden. Die ersten Rekruten könnten erst im April eingestellt werden und würden nicht vor dem Oktober im Felde gebraucht werden können.

### Englische Sozialisten gegen die Wehrpflicht.

Amsterdam, 25. Januar. (Z. U.) Der „Telegraaf“ meldet aus London: Unter den 36 Stimmen, die in der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes gegen den Dienstzwang waren, befinden sich 6 Sozialisten, so Snowden, Anderson, Gladstone, Richardson und Parker. Nicht anwesend waren die Abgeordneten Macdonald, Jowett und 2 Parlamentsmitglieder, die Kreise von vorwiegend Bergarbeitern vertraten.

### Abhängigkeiten.

Am 17. Januar begannen im englischen Unterhause die Kommissionsberatungen über das Dienstpflichtgesetz, die den Gegnern der Wehrpflicht noch einmal Gelegenheit gaben, ihre grundsätzlichen Bedenken vorzutragen und gleichzeitig Verbesserungsvorschläge einzubringen, die wenigstens eine Milderung des Druckes bedeuteten, der den Arbeitern durch die Neuordnung der militärischen Grundfragen auferlegt wird.

Am 15. Januar lagen bereits 14 Seiten Amendements vor, und es sind sicher noch neue hinzugekommen. Zwar mögen die meisten mit ein paar Worten erledigt worden sein, aber in einigen waren auch ernste Angriffe auf das ganze Gesetz verhehrt, und diese Anträge haben zu ausgedehnten und leidenschaftlichen Debatten geführt.

Bereits in der ersten Beratung am 17. Januar zeigte sich, daß das Gesetz noch nicht absolut sicher ist, wenn auch bei den bisherigen Abstimmungen die Majorität der Regierung mehr als 200 betrug. Ueber die Frage der Einbeziehung Irlands wurde nicht in der gleichen Weise abgestimmt wie über die anderen Amendements. Die Stimmen wurden nicht gezählt, sonst würde sich hier unfehlbar ergeben haben, daß zum mindesten eine sehr starke Minorität Irland nicht von der Dienstpflicht ausgenommen wissen wollte. Aber der eigentliche Kampf oder doch zum mindesten ein Kräftemaßen begann zehn Minuten vor Schluß des ersten Tages der Kommissionsberatung. Sir Ivor Herbert, einer der Konstitutionskritiker bekräftigte, daß jeder Anlaß mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres zugleich unter die Bestimmungen der Dienstpflicht fallen solle, ohne daß man ihm zuvor noch die Chance der freiwilligen Meldung lasse. In der Praxis würde die Annahme dieses Antrages nicht allzubedeutend sein, aber — und das ist das wichtige — für die achtzehnjährigen wäre damit ein für allemal das Prinzip der absoluten Dienstpflicht gesetzlich anerkannt worden. — Weiter fehlen noch die Einzelheiten der Debatte, nur soviel steht fest, daß Bonar Law — Asquith hatte sein Fernbleiben entschuldigt — als Vertreter der Regierung sich dem Amendement widersetzte, weil er das ganze Gesetz gefährde, daß aber die Konservativen den Antrag mit großer Energie zu verteidigen beabsichtigten.

Alle Anträge der Wehrpflichtgegner sind am ersten Tage der Kommissionsberatung abgelehnt worden, nur eine Modifikation wurde zugestanden, nämlich die, daß diejenigen, die vor dem 2. November 1915 geheiratet hatten (dem Tage, an dem Mr. Asquith seine Versprechungen gegeben hatte), von der Dienstpflicht ausgenommen sein sollten, während früher der 15. August 1915 als Termin festgesetzt worden war. In den parlamentarischen Kreisen Englands ist man fest davon überzeugt, daß das Dienstpflichtgesetz, so wie es in die Kommission kam, das Minimum von

dem ist, was die Konserwativen für ihr Verbleiben in der Koalitionsgewalt verlangen. Die Behandlung des Antrages von Sir Horbert sollte nun zeigen, ob das Gesetz auch ein Maximum für die Liberalen ist.

Aus der ganzen Debatte des ersten Tages ersticht man ziemlich klar, daß eine hauptsächlich Triebkraft für die Haltung der Regierung die Angst vor der Opposition ist, das heißt, sie fürchtet nur die Opposition von rechts, mit der Gegnerschaft von links hofft sie fertig zu werden. Immer deutlicher treten die innerpolitischen Beweggründe hervor, und gerade weil es sich um Nachfragen in der inneren Politik handelt, muß die Arbeiterklasse mehr denn je auf der Hut sein. Es fragt sich überhaupt, wie weit noch der Einfluß der Liberalen Regierung geht, ob sie sich nicht von dem Tage der Bildung eines Koalitionskabinetts an in eine Abhängigkeit von den Konserwativen begab, die ständig anwuchs, so sehr, daß in wichtigen Fragen bereits alle liberalen Prinzipien geopfert werden mußten. Die Drohung mit Neuwahlen ist eine starke Waffe in den Händen der Konserwativen. Das Oberhaus hat das Gesetz betr. die Verlängerung der Parlamentsdauer noch immer nicht verabschiedet. Erst soll die Dienstpflichtvorlage Gesetz geworden sein. Man darf darauf gespannt sein, ob das Oberhaus dann seinen Trumpf aus der Hand geben oder ob es etwa nach einiger Zeit neue Bedingungen stellen wird, wie zum Beispiel die Dienstpflicht der Berbeiteten usw.

Zweifellos glaubt die liberale Regierung, die Zugeständnisse machen zu müssen, um nicht die Macht vollständig in die Hände der Rechten gleiten zu lassen. Aber ob sie nicht gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigt? Unter ihren eigenen Anhängern herrscht Mißstimmung über die Konzeptionen. Sieht sich die Regierung zu weiteren prinzipiellen Zugeständnissen genötigt, so müssen sich für den Wähler draußen im Lande die Unterschiede zwischen rechts und links mehr und mehr verwischen, und es wird sich die Frage vorlegen, ob er nicht ebensogut konservativ wählen kann, wenn ja doch keine großen Gegensätze zwischen den beiden Parteien mehr bestehen.

Das sind gewiß nur Vermutungen, aber man wird auch sie in Rechnung ziehen müssen, wenn man versuchen will, die Konzeptionen einer so wichtigen Entscheidung zu beurteilen, wie sie jetzt dem englischen Parlament vorliegt.

## Die Neutralitätsfrage vor dem schwedischen Reichstag.

Im schwedischen Reichstag begann am Dienstag die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der Ersten Kammer war der Kronprinz anwesend.

Ministerpräsident Hammarström hielt in der Zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der Ersten Kammer wiederholte. Er betonte, daß keine Ursache bestehe, im Inn- oder Ausland daran zu zweifeln, daß die Politik der Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in Worten und Handlungen gegeben. Die hervorgetretenen Zweifel daran seien einem krankhaften Misstrauen oder dem Mangel an Verständnis dafür, was ehrliebe unparteiische Neutralität bedeute, zuzuschreiben.

Bei einer Gelegenheit im vorigen Sommer, führte der Ministerpräsident aus, suchten wir unseren Standpunkt zu erklären. Wir wieseln die Vorstellung zurück, daß unsere Politik bedeuten sollte, daß ein Aufgeben unserer Neutralität unter keinen Umständen in Frage kommen dürfte. Dieser Zurückweisung, die sich auf jeden Versuch bezog, in unsere Politik etwas anderes hineinzufragen als das, was wir meinen, wurden folgende Worte hinzugefügt: In Uebereinstimmung mit den abgegebenen Neutralitätsversicherungen und mit unzweideutigen Ausdrücken des Königs bei verschiedenen Gelegenheiten, ist es unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren, und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei denen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Bewahrung des Friedens nicht mehr möglich ist. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, daß mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen.

Nach solchen Grundzügen sind wir bisher verfahren. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, so beruht diese entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkte oder auf ungenügender Kenntnis der Verhältnisse. An den Grundzügen der bisher von uns befolgten Politik werden wir festhalten. Dies gilt auch für das Verhältnis von Schweden zu den übrigen Neutralen. Unter diesen haben wir besonders von Dänemark und Norwegen wegen Mitwirkung für gemeinsame Ziele gesucht und auch erzielt. Daß die gemeinsamen Bestrebungen für das Recht und das Wohl der neutralen Mächte, wie für die Aufrechterhaltung des in der Thronrede erwähnten Völkerrechtes nicht einen größeren Umfang angenommen haben, sind wir die ersten zu bedauern. Dies liegt an den Verhältnissen, an denen wir kein Teil haben, und über die wir kein Recht haben, ein Urteil auszusprechen. Das aber wollen wir feststellen, daß nach unserer Ueberzeugung ein Erfolg solcher Bestrebungen nicht nur ein materieller und idealer Gewinn für Schweden wie für die anderen neutralen Länder, sondern auch für die Kriegführenden, ja sogar für ganz Europa sein würde.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegführende Macht vielleicht bereuen, daß sie wegen eines zufälligen, oft zweifelhaften Vorteils die Verträge und Gebote des Völkerrechtes zerissen hat, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Es ist kaum möglich zu bestreiten, daß gewisse Schwierigkeiten, besonders im Erwerbsebenen vorläufig hätten gemindert werden können, wenn wir weniger genau in der Aufrechterhaltung einer wirklichen unparteiischen Neutralität auch in handelspolitischen Fragen gewesen wären. Diese Erleichterungen wären und jedoch nur vorläufig von Nutzen gewesen. Unsere eigene Erfahrung zeigt, daß infolge der fortwährenden schneellen Verschärfung des Handelskrieges oft nur eine kurze Dauer des unsicheren Gewinnes von Vorteilen durch allgemeine Verabredungen erwartet werden kann. Aus anderen neutralen Ländern erfährt man auch, daß bald neue Forderungen durch die gemachten Zugeständnisse veranlaßt werden. Zugeständnisse führen leicht weiter und weiter fort von wirklicher Neutralität. Wenn wir uns jetzt bedenken die Anschuldigungen von Recht und Freiheit fügen würden, so wäre andererseits zu befürchten, daß diese Einschränkungen sogar in noch größerem Umfange nach dem Kriege fortbestehen würden, wie auch, daß die folgende Zeit als endgültiges Ergebnis eine ökonomisch wie politisch schmerzliche Abhängigkeit ergeben würde. Obgleich wir, wie gesagt, im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichtet haben, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbsebens bei uns nicht schlechter als in anderen neutralen Staaten.

In der Ersten Kammer erklärte der Führer der Rechten Trägner, seine Partei wünsche jetzt, wie vor einem Jahre, die Aufrechterhaltung der Neutralität nach allen Seiten. Er sei davon überzeugt, daß die Regierung beabsichtige, die Neutralität nach den Grundzügen des Völkerrechtes aufrechtzuerhalten. Der gegenwärtige Zustand sei kein Reichsstand, sondern ein Zustand von Gewalt auf der einen Seite und von Unterwerfung auf der anderen. Schweden könne nicht auf seine Rechte verzichten. Wieder, als daß wir auf unseren Anspruch auf Achtung und Ehre Verzicht leisten, sagte der Redner, wollen wir uns den größten Enttäuschungen und Opfern unterwerfen. Schweden darf nicht aus dieser Weltreise mit einer Minderung seiner Ehre und seiner Souveränität hervorgehen, sondern geehrt und selbständig.

Der Führer der Liberalen Abarnelius erklärte als unerwünschtes Zeichen seiner Partei und der überwiegenden Mehrheit des schwedischen Volkes, daß es notwendig und das Beste sei, eine unparteiische Neutralität beizubehalten. Er sprach seine und seiner Partei Uebereinstimmung hierin mit der Regierung aus.

Der ehemalige liberale Minister Alfred Petersson brückte seine Ueberzeugung aus, daß es der Wille der Regierung sei, eine unerwünschte Neutralität aufrechtzuerhalten. Die schwedische Neutralität müsse so offenbar sein, daß kein Zweifel an ihrer Ehrlichkeit entstehen könne.

In der Zweiten Kammer sagte der Führer der Liberalen Eden: Eine Neutralitätspolitik ohne Hintergedanken und korrekt nach allen Seiten ist das, was das Land wünscht, und die erste entscheidende Bedingung für ein Zusammenarbeiten mit der Regierung. Er hob die Tatsache hervor, daß der Aktivismus eine schlechte Wirkung außerhalb der Grenzen Schwedens hervorgerufen habe; es sei eine Angelegenheit von der größten Bedeutung für die Regierung, die Rechte und das ganze Land, daß man sich von den aktivistischen Elementen frei mache. Man habe erklärt, der Aktivismus sei tot; dieser sei aber in neuer Gestalt wieder aufstanden und auf handelspolitischen Gebieten hervorgetreten.

Der Führer der Sozialdemokraten Branting, sprach die Besorgnis aus, daß die Haltung der Regierung nicht mehr so deutlich neutralitätsfreundlich sei wie bisher. In dem Falle des Ausfuhrverbotes für Papiermasse habe man eine reine Vergeltungspolitik versucht. Branting erklärte, aus den unteren Schichten des ganzen Volkes steige klarer und klarer die Forderung nach gerechter Neutralität empor.

Der Führer der Rechten, der ehemalige Staatsminister Lindman erklärte, die Partei der Rechten billige jetzt wie bisher die Neutralität. Die Neutralität, sagte er, muß aufrechterhalten werden, aber unsere Interessen müssen geschützt werden. Man darf die Kriegführenden nicht zu dem Glauben kommen lassen, daß Schweden nach Belieben behandelt werden könne. Dies kann man aktive Neutralität nennen im Gegensatz zu einer passiven. Was wir wollen, ist, daß wir unter Aufrechterhaltung unserer Neutralität mit offenen Augen den Ereignissen folgen und unsere Rechte schützen. (W. T. B.)

Stockholm, 25. Januar. (W. T. B.) Reichstag. In Beantwortung der Rede des Ministerpräsidenten sagte Branting noch, die Regierung habe sich über die möglichen Folgen ihrer Neutralitätspolitik nicht klar genug ausgesprochen. Es sei die Frage, ob die Nation lediglich wegen der genauen Auslegung des Völkerrechtes, auf die sich jetzt die schwedische Politik stütze, größeren Gefahren ausgesetzt werden müsse. Es sei notwendig, ein vernünftiges Uebereinkommen zu treffen und eine Entspannung der Lage zu erzielen, nicht aber, sich durch angeblich unüberbrückbare Gegensätze zum Außersten bringen zu lassen. Der Ministerpräsident wiederholte seine Versicherung, daß die Regierung die Erhaltung des Friedens wärmstens wünsche, daß aber damit gerechnet werden müsse, daß dies trotz aller Anstrengungen unmöglich werden könnte. Die Erklärung wurde mit großem Beifall aufgenommen.

## Politische Uebersicht.

### Die Erhöhung der Kartoffelpreise.

(Antik.) Um die rechtzeitige Frühjahrsvorsorgung der größeren Städte und Industrieorte mit Kartoffeln zu sichern und gleichzeitig die jetzt unerwartet günstigen Witterungsverhältnisse und Transportmöglichkeiten auszunutzen, hat der Reichskanzler die Reichskartoffelstelle ermächtigt, bei ihren Ankäufen für diese Städte schon jetzt die gesetzlichen Höchstpreise in gewissen Grenzen zu überschreiten. Für den Verbraucher wird diese Anordnung bis auf weiteres nicht fühlbar werden, da die Absicht besteht, mit Hilfe von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln die Kleinhandelshöchstpreise für den Winterbedarf aufrechtzuerhalten. Dabei ist zu hoffen, daß es auf diesem Wege auch gelingt, die in einzelnen Orten aufgetretene Kartoffelknappheit zu überwinden.

Die Preiserhöhung wurde in der Generalversammlung des Verbandes deutscher Kartoffelinteressenten (in Berlin), an der nicht nur die Vertreter des Kartoffelhandels aus ganz Deutschland, sondern auch die Vertreter von Regierung, Kommunen und Handelskammern teilnahmen, am Dienstag bekanntgegeben. Der Vorsitzende des Verbandes, Major Ouehl, teilte mit, daß die Regierung ihre Einwilligung zur Erhöhung des Produzentenhöchstpreises gegeben habe. Die neuen Preise werden von 2,75 M. auf 4 M. heraufgesetzt. Wie hoch sich die Preise für den Kleinhandel belaufen werden, wurde in der Versammlung nicht erwähnt; vermutlich wird aber für den Handel auch noch etwas abfallen.

Wenig in Einklang zu bringen ist die Preiserhöhung mit den Ausführungen des Geschäftsführers des Verbandes. Dieser sprach über das Thema: „Die Maßnahmen der Regierung für die Kartoffelversorgung und der Kartoffelhandel“. Ein Ausblick in die Zukunft sei zurzeit unmöglich. Die Kartoffelernte sei gut; teilweise sehr gut gewesen, jedenfalls bedeutend größer wie 1914. Aber die Kartoffel sei heute das Mädchen für alles. Rohkartoffeln würden jetzt zum Viehfuttermittel und als Futtermittel verwendet. Trotzdem werde man aufpassen, wenn die Verteilung der Ernte richtig vorgenommen werde. In dem Kartoffelmangel tragen weder Landwirte noch die Händler die Schuld. Der Wagenmangel der Eisenbahnen, der lange Zeit andauerte, war eine der Hauptursachen. Später kam zeitiger Frost; die Bedarfsmeldungen waren weit größer wie im Frieden. Dazu komme, daß jetzt weit mehr Kartoffeln gegessen werden wie im Frieden, da der unbeschränkte Brotkonsum durch die Brotarten eingeschränkt sei. Man habe Landwirten und Händlern zu Unrecht Bucher vorgeworfen, ohne diese Umstände zu berücksichtigen. In der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, in der sich Händler und Konsumenten befinden, herrsche in dieser Frage unbedingte Einigkeit. Die neue Erhöhung der Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen sei glatt durchgegangen. Bei Einrichtung der Reichskartoffelstelle habe man geglaubt, daß nunmehr die Kartoffelversorgung geregelt würde. Leider aber ergaben die damaligen Bestandsaufnahmen ein falsches Bild. Der Bedarfsverbrauch der Kommunen wurde viel zu hoch angemeldet und der Bestand seitens der Produzenten zu niedrig angegeben. Wenn jetzt der Höchstpreis um 1,25 M. erhöht werde, so komme die Differenz freilich nicht den Händlern, sondern den Landwirten zugute, die diesen Betrag als „Schnelligkeitsprämie für die schnelligste Herausgabe ihrer Kartoffeln“ erhielten.

Sehr gut zu der neuen Preiserhöhung paßt das Gelöbnis der Kartoffelinteressenten zum „Durchhalten“, das der Vorsitzende des Verbandes mit den Worten fundat: „So schwere auch die Lage für die Grohhändler sei, man müsse in dieser Kriegszeit durchhalten und alle Opfer willig tragen, genau wie unsere Feldgrauen, die Gut und Blut für das Vaterland opfern.“

### Arbeiterklasse und Wahlrechtsreform.

Die bürgerliche Presse gibt mit Genugtuung aus einer Besprechung der Thronrede durch das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgenden Passus wieder:

„Auch und erscheint die Erhaltung des inneren Burgfriedens zur Abwehr der äußeren Feinde für so wichtig, daß wir die Aufschubung der preussischen Wahlrechtsreform bis nach dem Kriege verstehen und billigen. Um so mehr aber erwarten wir dann ganze Arbeit und werden aus der gegenwärtigen Anknüpfung in der preussischen Thronrede dann die weitesten Konsequenzen ziehen.“

Dies für ein Arbeiterblatt wirklich erstaunliche Urteil geht selbst der auf den „Burgfrieden“ schwörenden „Chemnitzer Volksstimme“ zu weit. Die „Volksstimme“ fügt daher dem Zitat leise mißbilligend hinzu: „Begrifflich ist der Ausschub durchaus; ob er zu billigen ist, ist eine andere Frage. In der Erregung der ersten Burgfriedenstimmung hätte sich wohl auch während des Krieges der Anfang einer Reform durchführen lassen.“

Die preussischen Wähler werden beide nicht begreifen: weder die völlige Ergebenheit des „Correspondenzblattes“ noch die Bescheidenheit der „Volksstimme“.

### Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Es verlautet, daß die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses nicht vor Dienstag, den 8. Februar, stattfinden soll. In dieser Sitzung würden jedoch weder der Staatshaushaltsetat noch das Steuergesetz beraten werden, sondern in erster Linie der neue Gesetzentwurf über die Schatzungsämter und ferner die Entwürfe zum Knappheitskriegsgesetz, über die Krankenkassenbeamten und die Förderung der Ansiedlung. (W. T. B.)

### Wildschaden.

Nach dem amtlichen Bericht über die Sitzungen der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde in der Dienstagssitzung zunächst der Wildschaden behandelt. Hierzu lag folgender Antrag vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß Anordnungen getroffen werden, welche es ermöglichen, auf Eigenjagdbesitzungen zwangsweisen Abschub herbeizuführen, wenn dort ein erheblicher Schaden durch Hochwild herbeigeführt wird.

Nachdem der Antrag begründet war, erklärte der Landwirtschaftsminister, er sei gern bereit, durch eine allgemeine Rundfrage feststellen zu lassen, ob ein Bedürfnis zu Maßnahmen zur Herabminderung des Wildschadens auf Eigenjagdbesitzungen vorhanden sei.

Auf Anfrage aus der Kommission, welche Maßnahmen in Anlaß des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom Juni v. J. über die Verbütung von Wildschaden getroffen seien, legte der Minister Zahlen über den Abschub von Hochwild vor und betonte, daß die Provinzialbehörden angewiesen seien, in geeigneten Fällen auch von den §§ 62 und 63 der Jagdordnung Gebrauch zu machen. Darauf ging die Kommission zur Beratung über die Kartoffelfrage über.

### Wechsel im Vorstand der Reichsprüfungsstelle.

Infolge anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme hat der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Oberregierungsrat Jung, sein Amt in der Prüfungsstelle an den Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes Dr. Delbrück abgetreten. — Vielleicht hört man nun unter dem neuen Vorsitzenden mehr als bisher über die Tätigkeit dieser Reichsprüfungsstelle.

### Der Mittelkanal.

Der Ausschuh zur Förderung des Rhein-Wefer-Elbe-Kanals hielt vorgestern seine stark besuchte Vollversammlung in Berlin ab. Die Entschließung, die nach lebhafter, zustimmender Besprechung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Schaffung einer ununterbrochenen Wasserstraßenverbindung zwischen dem Osten und Westen unseres Vaterlandes ist eine unabweisbare Notwendigkeit geworden. Dringender noch als zuvor fordern wir die Weiterführung des Kanals von Hannover bis Magdeburg. Für die Volksernährung, die Beschaffung von Futtermitteln, überhaupt den Austausch der Produkte des Ostens und Westens würde der völlige Ausbau des Rhein-Elbe-Kanals einschließlich der zugehörigen Stichkanäle ein unschätzbare Gewinn sein.“

Diesem Ausbau stehen nachweislich erhebliche technische Schwierigkeiten nicht entgegen; wohl aber ist seine hohe Wirtschaftlichkeit gesichert.

Durch die Fortführung des Kanals bis zur Elbe würde die Rentabilität des Rhein-Wefer-Kanals erhöht und eine Entlastung der Kommunalverbände von den übernommenen Garantieleistungen herbeigeführt werden.

Ebenso wichtig wie die hohe volkswirtschaftliche ist die kriegswirtschaftliche Bedeutung des Mittelkanals.

Was die Vergangenheit gefordert, die Gegenwart entbehrt hat, muß der Zukunft gesichert werden. Die Not des Krieges hat den geschlossenen nationalen Wirtschaftsstaat geschaffen. Die Sorge um die künftige Sicherung unseres Vaterlandes wird dies niemals außer acht lassen dürfen. Die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse haben sich gerade im Laufe des Krieges derart verschoben, daß für den erfolgreichen Ausgleich von Ost und West das einheitliche Wasserstraßennetz Vorbedingung ist.

Der Ausschuh zur Förderung des Rhein-Wefer-Elbe-Kanals muß hiernach auf Grund der in seinem Auftrage verfaßten und Regierung und Parlament vorgelegten Denkschrift den möglichsten Ausbaues des Schlusstückes des Mittelkanals auf das dringendste befürworten. Gerade die gegenwärtige Zeit, wo Deutschland gerint über den Parteien sich erhoben hat, ist wie niemals geeignet, das große Kulturwerk zu vollenden.“

## Letzte Nachrichten.

### Explosion in einem französischen Arsenal.

Tarbes, 25. Januar. (W. T. B.) (Meldung der Agence Havas.) Im hiesigen Arsenal fand heute im Patronenforterraum eine Explosion statt. Fünf Menschen wurden getötet und ungefähr dreißig verletzt. Die Explosion ist auf einen Zufall zurückzuführen.

# Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.  
Die Oberzensur.

Die Redaktion des „Kürschner“ konnte im letzten Teil des verflochtenen Jahres nicht so wie sie wollte. Manchmal mußte der eine oder andere Artikel plötzlich ausfallen. Der dadurch entstandene leere Raum wurde dann in Ermangelung von etwas wirklich Besseren mit einer Entschuldigung an die Leser ausgefüllt. Dies fiel der Redaktion des „Kürschner“ der Generalrevision auf und so brachte sie dann in ihrer Nummer 2 des dritten Kriegsjahrgangs folgenden Text:

„Eine etwas eigenartige Redaktionsführung beliebt seit einiger Zeit. Der „Kürschner“, internationales Organ der Kürschner, Juristen und Rassenwähler. Seine Ausgabe vom 11. Dezember 1915 weist eine halbe leere Spalte auf, die mit der Bemerkung versehen ist: „Wegen Stoffmangel muß dieser Raum frei bleiben.“ Diese bequeme Art, das Blatt zu füllen, scheint der Redaktion so zu behagen, daß sie am 23. Dezember die ganze erste Seite weiß erscheinen ließ, diesmal mit der Bemerkung: „Wegen Mangel eines Weihnachtsartikels muß dieser Raum frei bleiben.“ Es ist bisher in unserer Gewerkschaftspressen nicht üblich, den ohnehin knapp bemessenen Raum in solcher nutzlosen Weise zu verunzugen. Wenn dem „Kürschner“ kein Weihnachtsartikel zur Verfügung stand, so darf man doch annehmen, daß auf gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten auch für die Mitglieder des Kürschnerverbandes so wichtige Fragen in der jetzigen schweren Zeit vorliegen, daß die von der Redaktion ihres Verbandsorgans bestellte Methode, das Blatt „auszugestalten“, Verwundern erregen muß.“

Diese Ausführungen fanden sogar den zustimmenden Beifall des Reichs-Dankens „Gewerkschaft“. Die Zerkürschnung beim Kürschner blieb aber aus. Da er als Gewerkschaftsorgan seinen Kritikern gegenüber aber bodenloser sein darf als der „Vorwärts“, so behauptet er, nach Lesen dieser Kritik erst geglaubt zu haben, das Dornitzel des „Kürschner“ sei vom Engelstuf nach dem Mond verlegt worden. Dann fragt er aber fieberhaft nach, ob nicht etwa die Redaktion des „Kürschner“ in dieser Zeit noch den Oberzensur spielen wolle.

## Allgemeine Steuererhöhung im Steinergewerbe.

Die Anträge auf Gewährung von Steuererhöhungen, die der Verband der Steiniger in einer Zahl von Tarifbezirken gestellt hat, haben jetzt dazu geführt, daß eine solche Zulage einheitlich und so ziemlich auf der ganzen Linie, soweit der Reichsverband der Unternehmer dieses Gewerbes in Frage kommt, vereinbart worden ist. Die Lohnerhöhung, die als „Kriegszulage“ bezeichnet worden ist, beträgt einheitlich 10 Proz. der tariflichen Lohnsätze; sie tritt in den Gebieten, in denen der Tarif festgelegt wurde, am 1. Februar, in den anderen Gebieten am 1. April in Kraft und hat Geltung für die Dauer des Krieges und 6 Monate nach seiner Beendigung. Die Zulage, die im Durchschnitt 7 1/2 Pf. die Stunde beträgt, kommt somit für die Tausenden von Berufsangehörigen zugute, die jetzt noch drücken in den Schützengräben sind. Gefordert waren ursprünglich 20 Proz. Da aber für den größeren Teil der Tarifbezirke wegen der Ungunst der Verhältnisse keine Erhöhungen gestellt worden waren, so kann die allgemeine Regelung auf 10 Proz. immerhin als ein günstiges Ergebnis bezeichnet werden.

Es kommen folgende Tarifbezirke in Betracht: Leipzig-Stadt, Leipzig-Land (Mittelachsen), Hannover, Mitteldeutschland, Vorpommern-Rügen, Magdeburg, Niederlausitz, Sachsen-Thüringen, Oberlausitz, Thüringen (Reg.-Bez. Erfurt und angrenzende Teile), Stettin und Umgegend, Anhalt, Schlesien (Breslau-Stadt und -Land, Bezirke Döpnitz und Liegnitz), Hamburg, Altona und Umgegend, Kreisbauernschaft Dresden, Nürnberg und Würzburg, München mit Oberbayern; die Bezirke Rheinland-Westfalen und Westfalen haben mit Vorbehalt zugestimmt. Aus den Bezirken Altmark, Uckermark, Mecklenburg, Posen und Grenzgebiete hatten die Unternehmer keine Vertretungen entsandt, jedoch will die Leitung der Unternehmerorganisation dahin wirken, daß hier die Unternehmer sich der getroffenen Vereinbarung anschließen.

Auch aus den Orten, in denen die Unternehmer ihrer Zentralorganisation nicht angehören, liegen mehrfach Bewilligungen vor. So wurden in Mannheim die 20 Proz. beinahe voll bewilligt und der Stundenlohn auf eine Mark abgerundet; in Lübeck, wo nur 5 Pf. gefordert waren, sind diese bewilligt worden; in Bromberg wurden 15 Proz. zugestanden, dergleichen von der Innung in Danzig; auch die Innung in Hensburg hat sich zur Zahlung von 10 Proz. Zulage bereit erklärt, jedoch ist ein Vertrag hier noch nicht geschlossen. Dergleichen hat die Innung in Chemnitz eine Zulage fest zugesagt, auch in Kiel steht eine Einigung bevor. Vom Regierungsbezirk Köln (15 Proz.) wurde vor einiger Zeit schon berichtet.

# Aus der Partei.

## Die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Der Genosse Koste, der in der Debatte über den „Baralong“-Fall im Reichstag als Fraktionsredner das Wort ergriff, gab seiner Stellungnahme zur Kriegspolitik durch nachstehende Sätze Ausdruck: „Wir haben zu den führenden Stellen das Vertrauen, daß sie verteidigt werden, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, so empfindliche Schläge zu führen, wo wir es wünschen müssen.“ Gegen dieses uneingeschränkte Vertrauensvotum aufzutreten, sah sich noch in derselben Sitzung der Genosse Ledebur veranlaßt. Das hinderte aber den Genossen Oskar Ged nicht, in der „Mannheimer Volksstimme“ die Auffassung Koste's nach befehrter Kraft zu unterstützen. Er schrieb: „Wir sehen die Worte, die unser Genosse Koste in der gestrigen Sitzung des Reichstags zum „Baralong“-Fall sprach, als einen Hauch des Geistes an, in dem auch künftighin die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie geführt sein und mittels dessen sie nicht nur ihren eigenen Vorteil, sondern auch — was in diesen Zeiten das weitaus wichtigere ist — den Vorteil des deutschen Volkes am wirksamsten wahren wird.“

„Stets anderer Meinung ist aber selbst die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, die über die Zweifelschuldigkeit einer Kriegspolitik, die sich durch Vergeltungsmaßnahmen weiterzuführen vermag, folgendes Urteil fällt: „Wohl sind im Kriege Vergeltungsmaßnahmen nicht zu umgehen zur Abstellung einer Völkerverletzung; als Sühne für sie sind sie völlig ungeeignet. Denn geführt kann ein Verbrechen doch nur an den Schuldigen werden, nicht an ganz unbeteiligten.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“, die sich diesem Urteil nicht ganz entziehen kann, dreht und wendet sich wie ein Kalb, um schließlich dann doch zu erklären: „Ohne Repressalien geht es also nicht.“ Schließlich meint sie aber auch, man müsse in der Wahl der Mittel recht vorsichtig sein, denn Repressalien seien stets eine zweischneidige Waffe, und es bestehe die Gefahr, daß immer ein Gegner den anderen in der Schärfe der Vergeltungsmittel zu übertrumpfen sucht, bis schließlich die Menschlichkeit, welche durch Repressalien geschützt werden sollte, gerade an ihnen völlig zum Teufel geht.“

Das ist ganz unsere Meinung. Wenn aber Koste die deutsche Regierung zu empfindlichen Schlägen auffordert, so kann die Regierung das so anlegen, daß sie sich zu Repressalien berechtigt glaubt, die wir nicht billigen könnten. Denn wir vermögen in einer derartigen Kriegspolitik wenigstens einen sozialistischen Hauch nicht zu erblicken.

## Zum Solinger Beschluß.

Zu dem Beschluß der Solinger Parteiverammlung, wonach öffentliche Versammlungen, in denen Scheidemann zu seinen Wählern sprechen wolle, unter dem Belagerungszustand nicht stattfinden sollen, macht die „Georgische Arbeiterstimme“ in einer Polemik gegen das dortige „Lageblatt“ folgende Bemerkungen:

„Das „Lageblatt“ täuscht sich, wenn es meint, daß die Parteileitung oder sonst irgend jemand im Kreise Solingen unserem Genossen Scheidemann Schwierigkeiten machen wolle. Auf Grund der angezogenen Notiz in der „Reichs-Zeitung“ auf das Verhältnis zwischen Partei und Abgeordneten im Kreise Solingen schließen zu wollen, ist verfehlt. Tatsächlich hat es sich bei der Stellungnahme der Parteiverammlung am vorigen Sonntag gar nicht um den Genossen Scheidemann gehandelt. Die Sache ist vielmehr die, daß schon seit Beginn des Belagerungszustandes die große Mehrheit der Solinger Parteigenossen auf dem Standpunkte steht, daß man öffentliche Versammlungen, in denen die freie Aussprache unterbunden ist, überhaupt nicht abhalten solle. Man ist von diesem Standpunkte zeitweise abgegangen, gerade um dem Abgeordneten Genossen Scheidemann Gelegenheit zu geben, zu seinen Wählern zu reden. Darin hat man immer wieder versucht, für öffentliche Versammlungen die Zulassung der Aussprache zu erreichen. Das ist uns nicht gelungen. So wurde auch in der letzten öffentlichen Versammlung die Aussprache von dem überwachenden Kommissar verhindert. Wesentlich diese Erfahrungen sind es, die in der Partei des Solinger Kreises die Ansicht erneuert befestigt haben, daß man unter dieser Praxis keine Versammlung abhalten solle. Die Auffassung der sehr großen Mehrheit der Partei geht dahin, daß man einestheils durch die Abhaltung von öffentlichen politischen Versammlungen unter diesem System den Anschein erwecke, als akzeptiere die sozialdemokratische Partei diese Verhältnisse, und daß man andererseits zu weit von der bisherigen Parteipolitik abzuweichen, die in der freien Meinungsäußerung den größten Wert öffentlicher politischer Versammlungen erblickt hat.“

So hat die Solinger Versammlung am Sonntag die Dinge angesehen. Es ist kein Wort gegen den Abgeordneten gefallen. Man hat bedauert, daß es ausnahmsweise die Verhältnisse der Partei nicht gestatten, öffentliche Versammlungen abzuhalten.“

Die Genosse Scheidemann, so richtete auch Genosse Grabnauer in Dresden an den Vorstand seines Wahlkreises das Ersuchen, ihm die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu ermöglichen, in der er — ohne Debatte — über die Tätigkeit des Reichstags und die Kriegspolitik der Sozialdemokratie berichten wolle. Der Kreisvorstand lehnte das Ersuchen mit Rücksicht auf den Belagerungszustand einstimmig ab.

## Stellungnahme des Dieblichkeitswahlkreises.

Am Sonntag fand eine Kreisversammlung des Dieblichkeitswahlkreises Spandau-Osthavelland statt, um zu den schwebenden Parteifragen und zu der Haltung ihres Abgeordneten Stellung zu nehmen. Mit Ausnahme von drei Keinen Orten waren alle Orte des Kreises durch 82 Delegierte vertreten. Es wurde folgende von Spandau gestellte Resolution angenommen:

„Die Kreisversammlung des Dieblichkeitswahlkreises Spandau-Osthavelland betrachtet die Ablehnung der Kriegskredite durch die Fraktionsminderheit als die einzige Erfüllung der Parteiforderung und beurteilt die Bewilligung der Kriegskredite durch die Fraktionsmehrheit und die gegenwärtige Gesamtpolitik derselben als einen schweren Verstoß gegen die wichtigsten Parteigrundsätze.“

Der Parteiausdruck macht sich durch seinen Beschluß vom 8. Januar 1916 bekannt, die ihm nicht zustehen. Dieser Beschluß verstoßt aufs Schwerste gegen das Organisationsstatut und Parteitagbeschlüsse.

Die Kreisversammlung fordert die Fraktionsminderheit auf, . . . . Die Kreisversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Genossen Dieblich im Parlament und gegenüber der Fraktion vollständig einverstanden. Sie ersucht den Genossen Dieblich, sich durch nichts abhalten zu lassen, die Interessen des Proletariats entsprechend in den Parlamenten zu vertreten.“

In Hamburg tagte am Sonntag eine von etwa 700 Delegierten besetzte Versammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs. Die drei Reichstagsabgeordneten Hamburgs, die Genossen Stolten, Diez und Stubbe, — von denen Stubbe zu der sogenannten erweiterten Minderheit gehört, — verurteilten einstimmig den Disziplinbruch aus härteste und fanden bei der übergroßen Mehrheit der Versammlung volle Zustimmung. Eine Anzahl Redner der Opposition vermahnte für ihre Auffassung keinen Boden zu gewinnen, denn die folgende Resolution, die das Verhalten der Zwanzig beurteilt, wurde mit überwältigender Mehrheit gegen etwa 40 Stimmen angenommen:

Die am 23. Januar im Gewerkschaftshaus tagende Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs mißbilligt die Ablehnung der 20 Genossen und der von ihnen abgegebenen Sondererklärung im Reichstag am 21. Dezember. Es war bisher bei uns Grundlag, trotz Meinungsdivergenzen, die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach außen zu wahren. Die Spaltung der Fraktion muß schließlich auch zum Hab und zum Disziplinbruch in den Reihen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen führen, wodurch die ganze Arbeiterbewegung gefährdet wird.“

# Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Brikett- und Kokspreise. Die Kohlenbesitzer-Versammlung des Kohlenhandels hat die Befestigung der Brikettpreise vorgenommen, die bekanntlich nicht die Verkaufspreise sind, sondern bei der Aufstellung der Verkaufspreise als Grundlage dienen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden, die neuen Brikettpreise, die für den Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Juli gelten sollen, für Koks mit Ausnahme von Kokslohlen unverändert zu lassen, die Kokspreise auf der ganzen Linie mit Ausnahme von Koksgrus um 1,50 M., den Preis für Kokslohlen um 1 M. sowie die Brikettpreise um 50 Pf. für die Tonne zu erhöhen. Koksgrus wurde nur um 1 M. für die Tonne im Preise erhöht. Für die Erhöhung der Brikettpreise kommt angeblich nur die außergewöhnliche Steigerung des Preises für Braunkohle in Betracht, die bei der Herstellung der Steinkohlenbriketts, in Betracht, da die Kohlenpreise unverändert bleiben.

Bei der Festlegung von Braunkohlenbriketts ist bekanntlich ein Zusatz von Braunkohle erforderlich, sobald eine Verkohlung der Braunkohlenbrikettrohstoffe auf diese Preissteigerung von vornherein ausgeschlossen ist. Außerdem ist zu beachten, daß Steinkohlenbriketts hauptsächlich industriellen Zwecken und nur selten zum Hausbrand dienen. Der Vertreter des Bergbaus stimmte der Erhöhung der Preise für Koks und Kokslohlen ohne Vorbehalt zu, konnte jedoch für die Erhöhung der Brikettpreise dieselbe Erklärung noch nicht abgeben.

Die russische Anleihe. Nach „Njettsch“ sind auf die neue russische Anleihe insgesamt 332 Millionen Rubel gezeichnet worden. Außerdem haben die Sparbanken 30 Millionen übernommen, so daß die Privatbanken 600 Millionen zur Platzierung übernehmen mußten.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Der Biberpelz.**  
Donnerstag: **Der Biberpelz.**  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: **Gyges und sein Ring.**  
Donnerstag: **Der Weinstenfel.**  
**Volkstheater.** Theater a. Bldwpl.  
8 1/2 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.**  
Donnerstag: **Viel Lärm um Nichts.**

Dir. Meinhard-Bernauer.  
**Theater in der Königgrätzerstr.**  
7 1/2 Uhr: **Götz v. Berlichingen.**  
**Komödienhaus.**  
8 1/2 Uhr: **Die rätselhafte Frau.**  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: **Wenn zwei Hochzeit machen.**

**Theater für Mittwoch, den 26. Januar.**  
Deutsches Opernhaus Charlottb.  
8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: **Der pfiffige Kadett.** (Donna Juanita).

Gabr. **Herrfeld-Theater.**  
8 Uhr: **Sokrates und Perlmutter.**  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: **Henriette Jacoby.**

**Komische Oper.**  
8 U.: Einmal Tanzabend. Math. Bühr  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).

**Montis Operetten-Theater**  
Gastsp. Ed. Lichtenstein aus Hamb.  
8 Uhr: **Der Sterngucker.**

**Rose-Theater.**  
8: **Gestern noch auf stolzen Rossen.**  
Morgen: **Ich lasse Dich nicht.**

**Walhalla-Theater.**  
4 Uhr: **Rosfäbchen.**  
8 Uhr: **Grigri.**

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
8 Uhr: **Komödie der Worte.** (Albert Bassermann).  
Donnerstag: **Peer Gynt.**  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die selbige Exzellenz.**

**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
4 Uhr (halbe Preise):  
**Kurland u. die Dünafront.**  
8 Uhr: **Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.**  
Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt: **Der prähistorische Mensch.**

**Lustspielhaus.**  
8 1/2 Uhr: **Alles aus Gefälligkeit.**  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.**  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
8 Uhr: **Der Dornenweg.**  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**

**Theater am Nollendorfpl.**  
8 1/2 Uhr: **Das Nachtlager v. Granada.**  
8 1/2 U.: **Immer feste drauf!**  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: **D. Fräulein v. Amt** mit Guido Thielscher.

**Trianon-Theater.**  
8 1/2 U.: **Verheiratete Junggesellen.**

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Luisen-Theater.**  
4 Uhr: **Sturz Kate.**  
8.15 **Bettelstudenten.**  
Donnerst. u. Sonntag: **Muttersegen.**  
Sonntag 8 Uhr: **Die Allwördens.**

**WINTERGARTEN**  
**Januar-Spielplan!**  
Hagedorns Wundergrotte  
Perzinas drosselte Sittiche,  
Kanariens, Zwergspapageien  
Hun-Gunes Chinesentruppe  
Georg Bauer, Improvisator  
Barnes u. King, Zauberparodien  
Geschw. Kios, gymnast. Akt.  
Karl Franke m. seinem Kameraden  
Gobert Belling, kom. Dramen  
Außerdem:  
**Die schöne Komödiantin.**  
Operette in 1 Akt  
v. Eugen Burg u. Louis Taufstein.  
Musik von Leo Ascher.  
Mitwirkende:  
Elsa Berna — Lotte Wirkmeister  
v. Thalia-Theat. — G. Gastav Matzner — Heinrich Peer  
Julius Spielmann

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Circus Busch**  
Täglich 8 Uhr.  
Sonntag u. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
  
**Ein Wintermärchen.**  
Geher d. großart. Januar-Pragr!  
D. bester Erfolg, weg. abernals  
Sonntag, 29. 1. nachm. 8 1/2 Uhr  
**!! Ein Wintermärchen !!**  
1 Kind frei (außer Galerie)!

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Palast**  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 u. 8 Uhr.  
**Nur noch wenige Tage!**  
**Persönliches Auftreten**  
**Wanda Treumann**  
**Viggo Larsen**  
in dem Lustspiel v. W. Kahn Paraphrase 80. Absatz 3<sup>r</sup> dazu die gr. Januar-Spezialitäten.

**Apollo THEATER**  
Direktion Adolf Vogt  
Telef. 1.080 u. 7941  
**Letzte Woche**  
des großen  
**Januar-Programms**  
**14** auserlesene  
**Schlager!**  
Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Bildbepersonen vollkommener Eintritt zu d. Stett. Sängern.

**Deutsche Kriegsausstellung**  
  
Anstellungsstellen am Zoo  
geöffnet:  
10-9 Uhr **50 Pf.**

**Admiralspalast**  
**Eis-Arena**  
**Großes Eis-Ballett.**  
8 1/2 Uhr. **2, 3, 4 M.**  
**Vorzügliche Küche.**  
**Mittwoch und Sonnabend**  
**h Nachmittags-Konzert**  
in der Eis-Arena. 1.50 M.

**Casino-Theater**  
Lobdringstr. 37. Tägl. 8 Uhr:  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Was machte nu?**  
Wisse in 3 Aufzügen den Hans Berg.  
Allabendlich hübscher Beifall.  
Dazu das erstl. Spezialitätenprogramm.  
Gente 4 Uhr: **Familie Schmalz.**

**Casino-Theater**  
Lobdringstr. 37. Tägl. 8 Uhr:  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Was machte nu?**  
Wisse in 3 Aufzügen den Hans Berg.  
Allabendlich hübscher Beifall.  
Dazu das erstl. Spezialitätenprogramm.  
Gente 4 Uhr: **Familie Schmalz.**

**Casino-Theater**  
Lobdringstr. 37. Tägl. 8 Uhr:  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Was machte nu?**  
Wisse in 3 Aufzügen den Hans Berg.  
Allabendlich hübscher Beifall.  
Dazu das erstl. Spezialitätenprogramm.  
Gente 4 Uhr: **Familie Schmalz.**

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 56. Badstr. 58.  
Mittwoch, den 26. Januar:  
**Goldene Jugend.**  
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten  
u. Reifung. Musik v. Tische.  
Sofortanmeldung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

### Kriegsgewinne und Kriegslöhne im Bäckergerwerbe.

Genosse Karl Seydold schreibt uns zu diesem Thema:  
 Durch die Tagespresse geht ein Bericht der Quartalsversammlung der Berliner Bäckerzweiginnung vom 17. Januar 1916, der ein Referat des Obermeisters Frig Schmidt enthält. Nach diesem Bericht hat Herr Schmidt ausgeführt, daß in Berlin 512 Meister zu den Fahnen einberufen seien, 181 Betriebe hätten geschlossen werden müssen, weil die Frauen den Betrieb infolge Gesellenmangels und weil die Gesellen zu hohe Löhne forderten (40 bis 75 Mark die Woche), nicht hätten aufrechterhalten können. 42 Frauen von eingezogenen Meistern hätten stillfallen übernommen, um durchzukommen. Der Obermeister hat dann nach dem Bericht das Vorgehen der Gesellen Kriegerrfrauen gegenüber sehr scharf gerügt. Die Gesellenlöhne seien um 40 bis 50 Proz. gestiegen. —

Dieser Bericht gibt, wenn er so unvollkommen in die Öffentlichkeit hinausgeht, ein gänzlich schiefes Bild der ganzen derzeitigen Situation im Bäckergerwerbe. Die Behauptung aber, daß die Kriegerrfrauen durch die hohen Gesellenlöhne gezwungen seien, ihre Betriebe zu schließen, ist durchaus unrichtig, weshalb ihr nicht scharf genug widersprochen werden kann.

Gesellenmangel ist allerdings zeitweise bei größeren Einziehungen zum Heeresdienst eingetreten. Daß diese rasch und plötzlich geschah, ist nicht Schuld der Gesellen. Daß deswegen die Frauen dieser zum Kriegsdienst Eingezogenen ihre Geschäfte schließen müssen, ist nicht notwendig. Wenn dies auch nur in einem einzigen Falle geschehen sein sollte, scheint hier die Innungsorganisation vollständig verlagert zu haben. In den Kleinstädten ist es vielfach möglich gewesen, wie ich dies kürzlich wieder in Veraburg feststellen konnte, daß die zurückbleibenden Meister solidarisch mit ihren Hilfskräften für die Kriegerrfrauen die Waren in ihren Bäckereien herstellen. Warum soll das in Berlin nicht möglich sein? Uebrigens ist nach kurzer Zeit der Gesellenmangel immer wieder behoben worden, woran aber die Gesellenorganisation ein ungleich größeres Verdienst hat als die Innung. Auch jetzt kommen auf eine freie Stelle wieder sechs Arbeitssuchende. Meister sind in Berlin noch genug vorhanden, um im obigen Sinne im Allgemeininteresse selbst mit Hand anlegen zu können, denn nach der eigenen Angabe der Innung sind von ihren Mitgliedern nur 28 Proz. vom Bäckerverband aber in Berlin weit über 60 Proz. zu den Fahnen einberufen. Außerdem ist ein großer Prozentsatz der Meister in den Garnisonen, von wo aus sie ihre Geschäfte noch immer übersehen können.

Ganz und gar unverständlich aber, weil unrichtig, ist die Darstellung, als ob die Kriegerrfrauen wegen der hohen Gesellenlöhne gezwungen wären, ihre Läden zu schließen. Unbefristet ist, daß tatsächlich ein Teil Kriegerrfrauen ihre Geschäfte geschlossen hat. Die Ursachen dafür liegen aber auf anderen Gebieten, als dort, wo sie der Obermeister sucht. Das ist in der Innung auch bekannt. Teils mögen wohl da auch finanzielle Gründe vorübergehend gewesen sein. Dort aber wäre es Pflicht der Innung gewesen, mit ihrem gewaltigen Vermögen einzuspringen. Da die Innung heute den Charakter einer großen Mehrfirma hat und deren Gewinne einheimisch, so dürfte, da doch auch die Hunderttausende, die das Gesellschaftsmitglied als Rückvergütung in die Innungskasse gezahlt hat, noch vorhanden sind, der Innung eine solche Unterstützung nicht allzu schwer fallen. Haben doch auch die Gewerkschaften ganz bedeutende Summen für Unterstützung der Kriegsteilnehmer verausgabt.

Wer aber an den jetzt gezahlten Löhnen zugrunde geht, der war noch nie existenzfähig. Solche existenzunfähige Kleinbetriebe gehen in normalen Zeiten jährlich in nicht geringer Zahl ein. Von amtlicher Seite ist kürzlich dem Herrn Obermeister (ohne Widerspruch zu finden) erklärt worden, daß im Verlaufe des letzten Jahres weniger Bäckereibetriebe geschlossen worden sind, als in normalen Zeiten. Das ist der beste Beweis dafür, daß unter den jetzigen Verhältnissen trotz oder gerade wegen der Ausnahmezustände die Bäckereibetriebe wirtschaftlich gut stehen. Wohl sind die Löhne gestiegen, wie fast überall, keinesfalls aber im Verhältnis zu der Teuerung, zu den Leistungen der Arbeiter und zu den Gewinnen der Arbeitgeber. Wo die Löhne in Ausnahmefällen um 40 bis 50 Proz. gestiegen sind, dort sind entweder früher recht geringe Löhne gezahlt worden (und der Innungsnachweis vermittelt meist immer die niedriger entlohnenden Arbeitsstellen) oder es werden dort Anforderungen an die körperliche und fachtechnische Arbeitskraft gestellt, die den Lohn durchaus rechtfertigen. Jedenfalls ist hier festzustellen, daß (selbst für erste Kräfte) in Innungsbetrieben Löhne unter 40 M. pro Woche existieren und daß in solchen Betrieben Löhne von 75 M. bei höchsten Leistungen zu den schlechtesten Leistungen gehören.

Nun gehört aber zu dieser desillustrierten Frage unbedingt die interessante Feststellung: Sind die Bäckereien in der Lage die höheren Löhne, die sich durch die herrschende Teuerung eigentlich als selbstverständlich rechtfertigen, ohne Schädigung ihrer Existenz zu bezahlen?

Diese Frage ist mit allem Nachdruck durchaus zu bejahen. Die Arbeitsleistungen pro Mann und Tag sind gewaltig gestiegen. Nach einem Gutachten, das die Berliner Bäckerinnung im Jahre 1909 an den Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts erstattete, betrug damals diese Leistung des Arbeiters pro Tag 35 M. Heute muß in derselben Zeit der Arbeiter in der Bäckerei für 80 bis 100 und mehr Mark Ware produzieren. Und das trifft schon für Kleinbäckereien zu, während in den Großbetrieben die Leistung oft das Doppelte und mehr beträgt. Der Reingewinn ist von Innungsanwälten in Friedenszeiten vor Gericht auf 33 1/2 Proz. für Kleinbetriebe berechnet und auch gerichtlich anerkannt worden. Er beträgt jetzt sicherlich mehr, da der Bruttogewinn auf verbrauchte Rohmaterialien mindestens 55 bis 60 Proz. ausmacht.

Sinnvoll kommt für den Kleinbetrieb jedoch noch eine Reihe recht günstiger Umstände, die gegenüber der Friedenszeit den Gewinn noch recht wesentlich erhöhen müssen. Der sofortige Umsatz aller Waren wirkt in der Bäckerei in Friedenszeiten schon günstig gegenüber anderen Berufen. Die Verzählung dieser täglich produzierten und sofort umgesetzten Waren ist jedoch ein Erfolg der Kriegsvorbereitungen. Durch die Tagarbeit ist das Austragen des Frühgebäckes überall in Fortfall gekommen. Schon der Wegfall der Entlohnung dieser Frühgebäck-Austräger von durchschnittlich 8 Proz. des Umsatzes bedeutet eine nicht geringe Ersparnis der Bäckerei-Inhaber. Die dadurch bedingte Ersparnis an Körben, Beuteln, das Waschen derselben und der Keuerjag, sowie der Ertrag vieler

gestoßener Beutel mit Inhalt durch die Bäckereimeister ist gar nicht unerheblich. Durch das Zufinden der Waren ins Haus ergab sich von selbst das Kreditwesen, das wöchentliche, halbmonatliche, monatliche und — längere Zahlungsfristen im Gefolge hatte. Ueber die sich aus diesem Kreditwesen ergebenden Verluste haben die Bäckereimeister immer recht bewegliche Klagen über angefümmertes Diefes Vorgehen ist durch die Tagarbeit vollständig verschwunden. Weiter sind die Verluste an übrig bleibender Backware und an Ausschussware vollständig beseitigt, weil das Publikum alles kauft und alles kaufen muß. Die Lichtersparnis wegen der Abschaffung der Nachtarbeit wird niemand bestreiten. Ferner haben sich die Bäckereimeister verunsichtigtweise die Robattparvereine vom Hals geschafft, denen sie 6—12 Proz. bezahlen mußten. Die Warenherstellung ist eine bedeutend vereinfachte, wodurch erheblich an Arbeitskraft gespart wird, was sich in der Zahl der verringerten Arbeitskräfte ausdrückt. Und dies — das sei besonders hervorzuheben — trotz der recht erheblichen Erhöhung (vielfach Verdoppelung) der Tageseinnahmen. Der Bäckereimeister spart trotz Erhöhung der Rohpreise noch an Feuerungskosten, weil er in dem in gleicher Weise geheizten Ofen mindestens 80 Proz. Ware (im Geldwert) mehr fertigmachen kann, als dies in der Friedenszeit möglich war. — Milch, Eier, Naturbutter kennt heute im Gegenlatz zur Friedenszeit der Kuchen der Bäckereimeister begreiflicherweise fast gar nicht mehr, so daß auch hier eine Verteuerung der Produktionskosten als ausgeschlossen gelten kann.

All diese oben angeführten Ersparnisse ergeben nach Urteilen von Bäckereimeistern einen Gewinnzuwachs von mindestens 10 Proz.

Daß man bei dieser Sachlage von einer Erstzernichtung durch hohe Löhne reden will, ist, gelinde gesagt, unbegründet. Daß bei Kriegerrfrauen die Gewinne nicht ganz die gleiche Höhe erreichen werden als in den übrigen Betrieben, ist sicher richtig, weil die Arbeitskraft des Mannes fehlt. Das geht aber allen Kriegerrfrauen so, nicht nur Bäckereimeisterfrauen. Wir kennen Kriegerrfrauen, wo die Produktion eines Bäckergesellen zwei Familien (in einem Falle sogar drei) ernährt, es kann daher wohl wirklich nicht so schlimm sein, wie es dargestellt wird. Wo aber kapitalstarke Kriegerrfrauen vorhanden sind, dort sollte eben die kapitalstarke Innung helfend eingreifen, wie das anderwärts in gleicher Weise geschieht. Daß aber auch nur ein einziger Bäckereibetrieb wegen hoher Löhne zu Grunde gegangen sein sollte, das wurde mir kürzlich von sachkundigen Bäckereimeistern als gänzlich ausgeschlossen erklärt.

Ich könnte hier noch die recht zufriedenen Aussprüche von Bäckereimeistern, darunter auch einen solchen des Herrn Obermeisters Schmidt (allerdings in geschlossener Versammlung) anführen, die beweisen, daß die Bäckerei jetzt noch besser ihren Mann nährt, als in Friedenszeiten. Ich kann mir das heute schenken. Bei dem Eifer aber, mit dem der Herr Obermeister die Bäckereimeister (mit dem Erfolg versprechenden Umweg über die Kriegerrfrauen) gegen die bösen Gesellen in Schutz nehmen zu sollen glaubte, hätte er auch den Umstand nicht verschweigen dürfen, daß jetzt für die gezahlten Löhne in Kleinbetrieben an sechs Tagen je 12 Stunden und außerdem noch am Sonntag 5 Stunden gearbeitet werden muß, während in der Friedenszeit nur meist sechs mal 10 Stunden und kürzere Arbeitszeit gefordert wurde.

Es passiert natürlich, daß Gesellen Lohnherabsetzungen von ihren Arbeitgebern fordern, umgekehrt wurde aber auch in der Jetztzeit wieder in einer Anzahl Fälle das Arbeitsverhältnis deshalb gelöst, weil die Arbeitgeber trotz hoher Leistungen und ebensolcher Gewinne den Arbeitern zumuteten, zu billigeren Löhnen zu arbeiten. Das wird immer so sein, weshalb man sich darüber nicht aufzuregen braucht.

Der Großbetrieb steht in der Bäckerei in seinen Gewinnchancen nicht schlecht, trotzdem er einen bestimmten Prozentsatz seines Umsatzes durch die Verordnungen an den Kleinbetrieb abgeben mußte. Wenn aber der Kleinbetrieb, der anerkanntermaßen recht günstig wirtschaftet, fortgesetzt als der Benachteiligte hingestellt wird, und wenn man vielleicht gar durch irreführende Darstellungen höhere Brotpreise erreichen will, so glaube ich es der Allgemeinheit schuldig zu sein, derartigen unsozialen Absichten auf das entschiedenste entgegenzutreten.

### Aus Groß-Berlin. Ein Jugendschilderer.

Den Berliner „Verband der Waisenpflgerinnen“ unterhielt Pfarrer Dehn mit einem Vortrag, der — wie das Thema sagte — „Typen Berliner Volkjugend“ bieten wollte. „Volk“ bedeutete hier nicht das ganze Volk, sondern nur denjenigen Volksteil, den man das „niedere“ Volk zu nennen pflegt. In einer Zeit, wo so viel von dem geeinten Volksganzen geredet wird, mag mancher die Beschränkung auf Typen aus nur diesem Teil der Jugend des Volkes nicht erwartet haben. Aber vielleicht erklärt sie sich daraus, daß andere Volksschichten dem Herrn Pfarrer weniger Gelegenheit bieten, ihren Nachwuchs zu beobachten. Pfarrer Dehn, der in der Jugendpflege arbeitet, sucht besonders den Nachwuchs der Arbeiterbevölkerung für seinen Jugendverein zu gewinnen. In seinem Vortrag hatte er auch bei der Auswahl der „Typen“, über die er plauderte, sich eine Beschränkung auferlegt. Das Bild, das er da aufrollte, zeigte fast nur die sogenannten „schlechten Elemente“. Es fehlten nicht die bekannten Schilderungen der Jungen, die als Ungelernte früh verdienen und dann früh der elliherlichen Zucht entwachsen. Pfarrer Dehn sprach, wie wenn er ein besonderes Talent hätte, bei der Jugend die schlimmsten Seiten — und die ihm als schlimm geltenden — zu sehen. Von dem guten Kern, der oft unter einer iberfcheinenden Hülle sich birgt, gab er kaum eine Probe. Es mag sein, daß er nur zeigen wollte, wo in erster Linie die Besserungsarbeit anzusetzen habe. Auch an der Jugend, die er seinen Zuhörerinnen als die sozialdemokratische vorstellte, hat er gelegentliche Beobachtungen gemacht. Ueber sie äußerte er sich in ganzen nicht ungnügsig. Zwar meinte er betonen zu sollen, daß sie keine vaterländischen Ideale habe. Aber sozialistische Ideale habe er schon bei der Jugend bemerkt und Gedanken, die dem Aufstieg der Arbeiterklasse gelten.

Es lohnt nicht, Pfarrer Dehns „Typen“ hier ausführlich nachzuschildern. Lehrreicher als der Vortrag war die Besprechung, die sich anschloß. Nur einiges daraus sei hervorgehoben. Frau Prediger Runge empfand es als Bude, daß Dehn nur die Beziehungen der Arbeiter zur

Sozialdemokratie erwähnt habe. Es gebe doch, sagte sie, auch nichtsozialdemokratische Arbeiter, wie man an den Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften und den Evangelischen Arbeitervereinen sehe. Das sei richtig, antwortete Dehn, aber in der Meinung des Volkes gehöre Arbeiter und Sozialdemokratie zusammen. Er verwies hierzu auch auf den Unterschied zwischen den geringen Mitgliederzahlen der Dirsch-Dunderschen und der Evangelischen und andererseits der zehnfach so starken Freien Gewerkschaften. Gegen eine abfällige Bemerkung Dehns über die am Arriege teilnehmenden Fürsorgezöglinge wandte sich Pastor Kalk, der neue Leiter des Erziehungsshauses Lichtenberg der Stadt Berlin. In schlichten Worten, aus denen echtes Verständnis für die Jugend sprach, verteidigte er diese jungen Leute. Frau Prediger Runge klagte, daß der Zuzug vom Lande in die Städte nicht nachlassen wolle. Hier sei eine der Ursachen für die Steigerung der Kriminalität jugendlicher Personen, unter denen der Nachwuchs der Jugewanderten stark vertreten sei. Eine andere Rednerin wollte gerade in den Jugewanderten die sozusagen besseren Menschen sehen und rühmte von ihnen besonders, daß sie noch viel mehr als die geborenen Berliner zur Kirche hielten.

Auch das alte Uebel der Ausnutzung schulpflichtiger Kinder durch Erwerbsarbeit wurde von einer Rednerin erwähnt. Unsere Genossin Schubert antwortete mit einem Hinweis auf das Kinderschutzgesetz und auf die Kontrolltätigkeit der Kinderschutzkommission.

### Der Hering.

Als Volksnahrungsmittel wurde immer der Hering angesprochen. Der grüne Hering wie der Salzhering. Der Krieg hat uns den Hering gewaltig verteuert. Der Sechserhering existiert schon lange nicht mehr. Der Preis für einen Salzhering ist ständig gestiegen und beträgt heute das Dreifache bis Vierfache des Preises, den wir vor dem Kriege anlegten. Für große Kreise des Volkes ist heute eine Mahlzeit Kartoffeln mit Hering eine recht kostspielige Sache.

Jetzt soll der Hering gewijermachen monopolisiert werden. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft wird nach den neueren Bekanntmachungen den Heringsbezug und die Verteilung der Heringe an die Absatzstellen in die Hand nehmen. Wenn mit dieser Maßnahme eine Gewähr gegeben wird, daß der Preissteigerer für Heringe ein Ende bereitet wird, so würden viele Kreise das sicher begrüßen. Wichtig wäre schon, wenn die Preise herabgehen würden. Es muß immer festgehalten werden, daß der Hering der Karpfen des armen Mannes ist, der zu allerletzt ein Spekulationsobjekt sein dürfte.

Vier Einführungsabende in die Kammermusik für die Arbeiterjugend und deren Angehörige sind für die nächste Zeit wiederum vorgesehen. Der erste Abend findet morgen Donnerstag, abends 8 Uhr (Einlaß 7 1/2 Uhr), in der Aula des Klosterghymnasiums, Klosterstr. 74, statt. Das Programm besteht aus einem Streichquartett von Haydn, einem Quintett für Klarinette und Streichinstrumente von Mozart sowie einigen Liedern von Schubert. Mitwirkende sind das Steiner-Rohstein-Quartett, Herr Leonhard Kohl (Klarinette) und Frau Helene Schaul-Lachmannski. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Auf eine 25 jährige Tätigkeit im Vorstand der Dettskrankenkasse für das Maurergewerbe kann heute der Genosse August Dähne zurückblicken. Während dieser Zeit hat Dähne nicht weniger denn 24 Jahre das Amt des Vorsitzenden ausgeübt. Auch vor seiner Amtstätigkeit hat Dähne für seine Kasse gewirkt.

Unter der Leitung seines Vorsitzenden hat sich die Dettskrankenkasse für das Maurergewerbe gut entwickelt, sie legt sich jetzt ein eigenes Heim in der Hanksstraße am Bülowplatz zu, das seiner Vervollendung entgegengeht und am 1. März in Benutzung genommen werden dürfte.

Der Jubilar hat — nach außen weniger bemerkbar — sich im Laufe der langen Jahre die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialversicherung besonders angelegen sein lassen. Jahrzehntelang als Beisitzer im Reichsversicherungsamt und im Ausschuss der Landesversicherung Berlin tätig, hat Dähne viel Gutes gestiftet. Der beste Lohn für sein nützliches Wirken bestand für ihn in dem Bewußtsein, Hilfen zu ihrem Recht verholfen zu haben. Dieser Tätigkeit sei deshalb am heutigen Tage besonders gedacht. Möge der Jubilar in der Lage sein, noch recht lange sein segensreiches Wirken fortsetzen zu können.

Jubiläum einer Fischergevinde. Die Fischergevinde Tiefwerder, die früher auf dem Burgwall bei Spandau ansässig war, wurde von dort durch die Franzosen vor mehr als hundert Jahren vertrieben. Als neue Niederlassung wählte die Gevinde damals von vier ihr angebotenen Stellen das zwischen Spandau und Pichelswerder unmittelbar an der Havel liegende rinds von Wasser umgebene Ackerland, den späteren Tiefwerder. Nachdem am 2. November 1815 die „Reetablierung“ der Fischer durch das Ministerium genehmigt worden war, wurden am 25. April 1816 den Mitgliedern der Gevinde die einzelnen Grundstücke zugewiesen. Die Bewohnung erfolgte mit Unterstützung der Regierung während der Jahre 1818 bis 1820.

Der Heiratschwindel blüht. Bei einem Stellbuchein verhaftet wurde von der Reutländer Kriminalpolizei ein lange geuchter Heiratschwindel. In der Nachbarstadt trat seit November d. J. ein junger Mann auf, der zunächst in der Wasse eines herrschaftlichen Dieners möblierte Zimmer mietete, die für seinen Herrn und zugleich auch für ihn selbst bestimmt sein sollten. Der angebliche Diener blieb gleich bei den Wirtsleuten in der Wasse, er zu einem guten Preise abgeschlossen hatte, gern auf das Beste verpflegten, bis sein Herr komme. Wenn er so einige Tage gut gelebt hatte, verschwand er plötzlich, und er bestahl auch noch die Wirtsleute. Nach einigen Wochen änderte der Schwindel seinen Trieb. Er trat jetzt als Koffierkellner oder Telegraphenassistent auf und mietete für sich selbst unter den verschiedensten Namen, Schönfeld, König, Klein usw. möblierte Zimmer. Jetzt hatte er es besonders auf die früher nur nebenebei verbliebenen Diebstahle abgesehen. Wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, betrieb derselbe Gauner auch den Heiratschwindel. Es wurde festgestellt, daß er verlockende Heiratsanzeigen erstlich und schon mehrere Opfer gefunden hatte. Endlich kam man ihm auf die Spur und er konnte festgenommen werden, als er wieder einmal zu einem Stellbuchein mit einer heiratslustigen Dame in einem Café erschien. Hier erwarteten ihn statt des Rabdens mehrere Beamte. Der Schwindel wurde erkannt als ein 21 Jahre alter, aus Lichtenberg gebürtiger Schlosser Arthur Dietrich. Verschiedenen Angeigen nach hat der Verhaftete nicht bloß in Reutlän, sondern auch in Berlin seine Schwindeldien betrieben. Man geht deshalb jetzt auch hier seinen Spuren nach. Geschädigte können sich bei der Kriminalpolizei in Reutlän melden.

Ein anderer Heiratschwindel, der durch weit verbreitete Zeitungsanzeigen überall seine Opfer suchte, wurde von der Kriminal-

polizei in Breslau unschädlich gemacht. Es ist ein schon 55 Jahre alter aus Leobititz gebürtiger früherer Buchhalter Max Reichel. Er nannte sich Steuerinspektor Max Römer oder Max Vannem, Regierungsekretär Max Peters, Regierungsobersekretär Max Pfeiler und wahrscheinlich auch noch andere. Trotz seiner Jahre hatte er noch viel — Erfolg. Bis jetzt sind schon eine ganze Reihe von betragsreichen Witwen und Mädchen ermittelt, denen er betragsreiche Summen bis zu 7000 Mark abhandelte. Reichel ist ein gewerdmäßiger Schwindler, der zuletzt acht Jahre Zuchthaus verbüßte.

### Aus dem Fenster gestürzt.

In der kleinen Frankfurter Straße sprang die 35 Jahre alte Wärmerfrau L. aus dem dritten Stock des Hauses Nr. 14 auf den Hof hinab; sie war sofort tot.

Durch einen Sturz aus dem Fenster schwer verletzt wurde gestern nachmittag der fünf Jahre alte Sohn Karl des Schneiders Erika aus der Thomasstraße 26 zu Reudlitz. Die Mutter hatte den Knaben auf kurze Zeit allein gelassen. Das dauerte ihm aber zu lange. Er riegelte das Küchenfenster auf und wollte nach der Mutter sehen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte von der im dritten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinab. Der Verunglückte erlitt einen rechten Armbruch und wurde sofort nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich im Betriebe der Firma Drudenmüller in Staaken zugetragen. Dort sollte ein großer eiserner Träger transportiert werden, womit zwölf Arbeiter beauftragt wurden, unter denen sich auch der Montagearbeiter Jakob Meszger befand. Allem Anschein nach war die Verteilung der Männer auf die schwere Last nicht richtig vorgenommen, so daß auf M. wohl eine zu schwere Belastung fiel. Unmittelbar nach erfolgtem Transport des Eisenträgers brach Meszger plötzlich zusammen und starb nach wenigen Minuten. Die Leiche wurde beklagt und soll zur Feststellung der Todesursache obduziert werden.

Arbeit, wenn man Mieter wird. In der unter vorstehender Epigramme kürzlich veröffentlichten Notiz ersucht uns Herr Zeismann, Adalbertstr. 36, mitzuteilen, daß er nur deshalb mit dem Arbeitsgenuß das Mietgeld verknüpft habe, weil er aus bestimmten, von ihm nicht verschuldeten Ursachen jetzt eine größere Wohnung auf dem Halse behalten habe, als er gebrauche.

## Aus den Gemeinden.

### Vermehrter Verkauf städtischer Eier in Charlottenburg.

Durch stärkere Lieferung von Eiern ist die Stadt Charlottenburg in der Lage, der Bevölkerung mehr Eier als bisher abzugeben. Die Zahl der Verkaufsstellen von Eiern wird in nächsten Tagen wiederum vermehrt, so daß dann etwa 80 Eierhandlungen in den verschiedenen Ortsteilen Charlottenburgs für den Verkauf städtischer Eier zur Verfügung stehen. Diese Geschäfte sind durch rote Plakate kenntlich gemacht. Der Verkauf erfolgt nur an Charlottenburger Einwohner auf Grund der von den Vorkommissionen ausgestellten Berechtigungskarten. Die für den Verkauf von städtischen Kartoffeln und Fleisch ausgestellten Karten haben hierfür Gültigkeit, doch dürfen an den einzelnen Käufer täglich höchstens 5 Eier abgegeben werden. Der festgesetzte Verkaufspreis wird auf dem Schaufensterplakat veröffentlicht. Zurzeit kommen dänische Küchlhäuser zum Verkauf zum Preise von 20 Pf. für das Stück.

### Keine neuen Wählerlisten in Weissenhof.

Die letzte Gemeindevertreterwahl hat den Beschluß gefaßt, von der Aufstellung einer neuen Wählerliste Abstand zu nehmen, sondern die vorjährigen Listen für die im März stattfindenden Wahlen gelten zu lassen. Es wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß auch die zum Militär eingezogenen Bürger wählen dürfen, sobald ihr Name in der Wählerliste verzeichnet steht.

## Soziales.

### Unrechtmäßige Verweigerung des Kriegsdienstes.

Ein Schlosser hatte bei der Firma Kappeler Montagearbeit gemacht. Als diese Arbeit, die für Kriegszwecke geliefert wurde, fertig war, gab die Firma dem Schlosser Bleche zu spannen. Das war keine Kriegsarbeit. Der Schlosser lehnte die Arbeit ab, weil er solche noch nie gemacht hatte und sie deshalb nicht ausführen konnte. Er forderte seine Entlassung und den Kriegsdienst, den aber die Firma verweigerte. Der Schlosser trat dann ohne Kriegsdienst aus, fand deshalb nicht sogleich Arbeit und klagte beim Gewerbeamt auf Schadenersatz gegen die Firma Kappeler. Diese berief sich darauf, daß es sich bei dem Blechspannen nur um eine vorübergehende Arbeit handelte und der Meister sich erboten habe, den Kläger in dieser Arbeit zu unterweisen. Das Gericht erkannte den Anspruch des Klägers als berechtigt an, weil ihm nicht zugemutet werden könne, daß er eine ihm völlig neue Arbeit, die er nicht ausführen verstand, übernehmen solle. Unter diesen Umständen hätte die Firma den Kläger gehen lassen und ihm den Kriegsdienst geben müssen. — Nach Bekanntgabe dieser Gründe kam ein Vergleich zustande.

## Berichtszeitung.

### Ein Milchplanfälschungsprozess.

Wieder stand im Mittelpunkt eines Nahrungsmittelverfälschungsprozesses, der gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten.

Angelagt war eine Milchhändlerin Frau Reich, die 13 Jahre hindurch eine Filiale der Interessengemeinschaft verwaltete. Bei dem Milch- und Schmelzverkauf, den sie nach Kriegsausbruch in der Auskunftsstelle des Kriegsministeriums für das Personal einrichtete, fiel im Sommer 1915 die Wasserigkeit der Milch auf. Untersuchungen heimlich entnommener Proben ergaben starken Wasserzusatz, der in einem Fall bis zu 12 Proz. ging. Die Angabe der Frau Reich, daß sie die kochende Milch durch Wasserzugabe habe vor dem Ueberlehen bewahren wollen, konnte eine so arge Verwässerung nicht hinreichend erklären. Festgestellt wurde jetzt auch, daß Kaffeesahne mit Schlagsahnezusatz unter der schlichten Bezeichnung „Schlagsahne“ verkauft worden war. Gegen Frau Reich, die nicht nur für dieses Vergehen, sondern auch für die Wasserigkeit der Milch verantwortlich sein sollte, wurde Anklage wegen Nahrungsmittelverfälschung erhoben. Außerdem legte die Anklage ihr zur Last, daß sie abgekochte Milch feilgehalten habe, ohne sie als solche zu bezeichnen.

Die Angeklagte gab diese Ueberleitung zu und entschuldigte sich mit Unkenntnis der Vorschriften. Auch bei dem Verkauf der Kaffeesahne als „Schlagsahne“ habe sie nicht geglaubt, sich strafbar zu machen. Den Käuferinnen sei bekannt gewesen, daß es sich nur um veredelte Kaffeesahne handelte, und sie selber hätten diesen billigeren Erfolg für Schlagsahne gewünscht. Die Bezeichnung „Schlagsahne“ sei an den Flaschen nur für die Verkäuferinnen beibehalten worden, damit sie die veredelte Kaffeesahne von der gewöhnlichen unterscheiden konnten. Die Beweisführung bestätigte im wesentlichen diese Darstellung. Die Verwässerungen der Milch wurden von der Angeklagten sehr entschieden bestritten mit dem Hinweis auf Unregelmäßigkeiten, die schon bei der Interessengemeinschaft vorgekommen sein könnten. Sie selber sei nur gegen Gehalt beschäftigte Angestellte der Interessengemeinschaft; da habe sie die Milch so verkauft, wie sie geliefert wurde. Nachmalige Prüfung habe sie selber nicht vorgenommen, höchstens habe sie bei verdächtigem Aussehen der Milch um Nachkontrolle gebeten, die aber

unterblieben sei. In der Beweisführung über diesen Teil der Anklage kam auch der vor einigen Monaten verhandelte große Milchplanfälschungsprozess zur Sprache, der für zwei Angestellte der Interessengemeinschaft, den damaligen Direktor Krause und seinen Oberinspektor Schlobisch, mit Verurteilungen endete. Für Frau Reich berief ihr Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich sich auf das Zeugnis mehrerer bei der Interessengemeinschaft beschäftigt gemessener oder jetzt noch dort beschäftigter Angestellter. Die Vernehmung ergab keine sicheren Anhaltspunkte für die Zeit, in der bei Frau Reich die Wasserigkeit der Milch festgestellt wurde. Aber fast allen hierzu befragten Zeugen galt es als zweifellos, daß bei der Interessengemeinschaft Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Einmal sei, um die Pumpen zu reinigen, auf die noch nicht abgelassene Milch irrtümlich Wasser gepumpt worden, und man habe die so verwässerte Milch dann in den Verkehr gebracht. Ueber den Betriebsleiter stehe der Oberinspektor Schlobisch, der noch heute in dem Betrieb angestellt ist. Kontrollleur Lange befandete, er habe — um die Probe zu machen — absichtlich Milch verwässert und diese zur Untersuchung geliefert, aber auch sie sei als „gut“ befunden worden. Erwähnt wurde eine Beschwerde der Konsumentenvereine, die damals Milch von der Interessengemeinschaft bezog und Klagen von Käuferinnen erhalten hatte.

Nach diesen Befundungen sah der Amtsanwalt nicht als erwiesen an, daß die Angeklagte selber die Milch gewässert habe. Es liege aber fahrlässigkeit vor, da sie die Pflicht sorgfältiger Prüfung gehabt habe. Er beantragte wegen der beiden Vergehen zusammen 20 Mark Geldstrafe, wegen der Ueberleitung zu 3 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger hielt Freisprechung von der Anklage der beiden Vergehen für geboten. Frau Reich habe als Angestellte einer bis dahin für leistungsfähig geltenden großen Firma nicht nötig gehabt, selber zu prüfen. Auch bei dem Verkauf der verbesserten Kaffeesahne habe sie durchaus toll handeln wollen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen der Ueberleitung zu 3 Mark Geldstrafe, wegen fahrlässigen Verkaufs nicht vollwertiger „Schlagsahne“ zu 5 Mark Geldstrafe. Freigesprochen wurde sie von der Anklage der Milchverfälschung, für die auch nicht Fahrlässigkeit angenommen wurde. Die Verhandlung habe ja ergeben, daß bei der Interessengemeinschaft „ganz unglaubliche“ Verhältnisse bestanden. Aber die Filialleiterin habe das nicht gewußt und daher nicht nachzuprüfen brauchen.

### Tod einer Schaffnerin.

Ueber einen schweren Straßenbahnunfall, bei dem eine Schaffnerin in gräßlicher Weise ums Leben gekommen ist, hatte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts II zu befinden.

Der fahrlässige Tötung und Transportgefährdung war der Straßenbahnfahrer Karl Witt beschuldigt. Am 10. September, abends gegen 7 1/2 Uhr, als schon Dämmerlicht herrschte, die Straßenlaternen aber noch nicht brannten, kam ein Triebwagen der Westlichen Berliner Vorortbahn von Steglitz auf seiner auf der Berlin-Lichterfelde Chaussee belegenen Endhaltestelle an. Der Wagen wurde dann zur Rückfahrt auf das Parallelgleise geführt und die 29 Jahre alte Schaffnerin Frau Gertrud Jockel trug, wie gewöhnlich, die Kontaktschlinge von vorn nach hinten herum. Während sie damit beschäftigt war, die Kontaktschlinge hinten an den Leitungsdraht anzulegen und zu diesem Zweck mitten auf dem Gleise an der Hinterseite des Wagens an dem Puffer stand, kam plötzlich vom Händelplatz her in der Richtung nach Steglitz fahrend, auf demselben Gleise ein von dem Angeklagten geführter Triebwagen der W-Linie, welcher einen Anhängerwagen hinter sich führte, mit unermindelter Geschwindigkeit gegen die Hinterseite des anderen Wagens auf. Alle drei Wagen erhielten samt ihren Insassen einen sehr heftigen Stoß; der Perron des W-Wagens wurde über der Rammbühle erheblich eingedrückt und der andere Wagen einen Meter vorwärts geschleudert. Der Schaffnerin Jockel, die, zwischen den Triebwagen stehend, mit dem Anlegen der Kontaktschlinge beschäftigt, den herannahenden W-Wagen nicht rechtzeitig wahrgenommen hatte, wurden beide seine dicht unterhalb des Rumpfes vollständig abgequetscht; sie wurde sofort nach dem Kreiskrankenhause Berlin-Lichterfelde übergeführt und ist dort noch an demselben Abend infolge der durch diese Verletzung eingetretenen Verblutung verstorben. Die Anklage machte den Angeklagten für den Unfall und seine Folgen verantwortlich, und der Staatsanwalt kam nach den Ergebnissen der Vernehmung und den Gutachten der technischen Sachverständigen zu dem Antrag auf Verurteilung des Angeklagten, weil dieser offenbar ganz unachtsam gefahren sei und nicht rechtzeitig gebremst habe. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung. Die Schuld an dem Unfall treffe nicht den Angeklagten, sondern die leitenden Stellen der Straßenbahngesellschaft, die an einem Punkte, wo rangiert werden müsse, nicht für Erleuchtung durch rote Petroleum- oder Rückfalllampen am Ende des rangierten Wagens oder durch sonstige Signalvorrichtungen Sorge. Das Gericht kam zur Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

## Aus aller Welt.

### „Ich lasse den Freund dir als Bürgen!“

Bei einer in der Mühlenstraße in Hamburg wohnenden Frau mietete sich ein Mädchen ein Zimmer. Am Morgen darauf bemerkte die Vermieterin, daß ein Hut und andere Kleinigkeiten von der Kleiderablage verschwunden waren. Sie eilte ins Zimmer ihrer Mieterin, das sie leer zu finden vermeinte. Sie hatte sich aber geirrt, denn im Bett lag — ein anderes Mädchen. Es erzählte, ihre Freundin habe sie am Abend vorher eingeladen, das Zimmer zu teilen. Sie sei verschwunden, ohne daß sie selbst etwas bemerkt hätte. Sie tat über den Diebstahl sehr entrüstet und bestärkte die Vermieterin in dem Vorhaben, zur Polizei zu gehen und die Sache anzuzeigen. Das tat die Bestohlene denn auch. Als sie zurückkehrte, war auch das zweite Mädchen verschwunden, mit ihr alle Kleidungsstücke, die noch vorhanden gewesen waren. . . .

Der Frauenmord in Maderbeul bedarf noch weiter der Aufklärung. Die neuesten Nachforschungen ergaben, daß der Mann der ermordeten Frau Clausnitzer entlassen zu sein scheint. Es steht nunmehr fest, daß Frau Clausnitzer am Sonntag ihren Mann nach Dresden bis zum Hauptbahnhof begleitete, wo der Mann mit zwei Kameraden an die Front abfuhr.

Ein Monat Gefängnis für eine Milchplanfälscherin. Das Schöffengericht in Sulzbach verurteilte die Güllersfrau Hartmann an aus Miltelchenebach, die stark gewässerte Milch nach Amberg lieferte, zu einem Monat Gefängnis.

Ein Attentäter von Serajevo gestorben. Aus Wien wird gemeldet: Der serbische Anarchist Nedjeljo Cabrinovic, der in dem Prozeß gegen die Attentäter von Serajevo am 28. Oktober 1914 zu zwanzig Jahren schweren Kerkers, verschärft mit hartem Lager in einer dunklen Zelle am 28. Juni eines jeden Jahres, verurteilt worden war, ist in der Militärstrafanstalt zu Theresienstadt an Lungentuberkulose gestorben. Der damals 19jährige Buchdrucker Cabrinovic war jenes Mitglied der Verschwörung, der bei der Fahrt des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand auf dem Apellplatz in Serajevo gegen das Automobil eine Bombe warf, die wohl explodierte, aber das Ziel verfehlte, so daß nur Personen hinter dem Automobil verletzt wurden. Wegen Minderjährigkeit konnte er wie der Hauptattentäter Princip nicht zum Tode verurteilt werden.

Der verschüttete Panamakanal. Wie eine Amsterdamer Zeitung erzählt, meldet der Richterattor der „Times“ aus Panama, daß General Goethals noch nicht sagen könne, wann der Kanal wieder eröffnet werden werde, da es noch nicht sicher sei, ob nicht neue Erdbeben stattfinden könnten. Die Schiffahrtsgesellschaften würden benachrichtigt werden, sobald es möglich sei, die Fahrt durch den Kanal dauernd freizugeben.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 438 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie: Garde 2. und 4. Garde-Reg. a. F. Gren. hgw. Inf. hgw. Inf.-Regiment Nr. 1 bis einschl. 4, 8, 9, 11, 13, 14, 17, 18, 19 (s. Inf.-Reg. Nr. 332), 24 (s. Inf.-Reg. a. Ostpreu.), 34, 35, 40 bis einschl. 43, 45, 49, 50, 53, 57 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 185), 61 (s. auch Inf.-Reg. Nr. 176), 65, 68, 69, 70, 76, 78, 81, 87, 88, 91 bis einschl. 97, 109 bis einschl. 114, 116, 118, 128, 129, 130, 136, 146, 147, 149 bis einschl. 157, 159, 161, 185 bis einschl. 173, 175, 178, 185 bis einschl. 188, 193, 229, 332, 344 bis einschl. 347, 373 und Regiment a. Ostpreu. Inf.-Regiment Nr. 1. 8, 8, 18, 31, 48, 49, 51, 53, 59, 60, 64 bis einschl. 67, 72, 74, 68, 67, 92, 94, 100, 110, 111, 201, 202, 204, 205, 210, 212, 213, 216, 217, 219, 221 bis einschl. 226, 228, 229, 260. Ref.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 1. 5, 10, 13, 17, 32, 38, 39, 45, 51, 53, 60, 72, 83, 93, 100, 110, 116. Landst.-Inf.-Regiment Nr. 3, 7, 9, 10, 17. Russk.-Bat. Nr. 1. Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 5 des 4. Armeekorps (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 17). Brig.-Ers.-Bat. Nr. 55. Landw.-Brig.-Ers.-Bat. Nr. 38. Etappen-Sammel-Komp. Nr. 23. Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 5, 8, 9; Ref.-Bataillone Nr. 4, 19, 24. Jäger-Bataillone gewehr-fühe Nr. 251 (s. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 17), 254 (s. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 9), 255 (s. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 17).

Kavallerie: 1. Garde-Drag.; Leib-Garde-Fusaren. Dragoner Nr. 1 und 5; Fusaren Nr. 1, 2, 3, 6; Husaren Nr. 14; Jäger zu Pferde Nr. 3; Kav.-Reg. Nr. 84; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 81. 1. Landst.-Eskadr. des 17. Armeekorps.

Fußartillerie: 4. schwere Küstenartillerie-Batt. Pioniere: Pionier-Verlust-Komp. Regiment Nr. 19, 20, 24, 29, 35; Bataillone: I. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 7, II. Nr. 11, I. und II. Nr. 14, I. und II. Nr. 15, III. Nr. 16, I. Nr. 27, I. Nr. 28; Ers.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 6, 14, 27. Pionier-Kompagnien Nr. 20 (s. III. Pionier-Bat. Nr. 16), 44, 99; Ref.-Komp. Nr. 49.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektionen III und IV. Militär-Eisenbahn-Betriebsamt Valenciennes. Eisenbahn-Stütz-Bat. Nr. 3. Eisenbahn-Komp. Nr. 27; Ref.-Eisenbahn-Komp. Nr. 18. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bat. Kraftfahrtruppen des Marinekorps.

Train (s. auch Munitionskolonnen): Ers.-Abt. der Garde-Train-Abt. Train-Abt. Nr. 1 (s. Feldfliegertruppe). Feld-Traineskadr. des 7. Armeekorps. Fußartillerie Nr. 5 des 15. Armeekorps, Nr. 7 (s. Feld-Traineskadr. des 7. Armeekorps). Ref.-Fußartillerie Nr. 63 des 1. Reservekorps, 68 des 2. Garde-Ref.-Div. 60 der 25. Ref.-Div.; Magazin-Fußartillerie Nr. 40. Div.-Brückentrains Nr. 21 und 33.

Munitionskolonnen: Kommando der Munitionskolonnen und des Trains des 41. Reservekorps. Inf.-Munitionskolonnen Nr. 1 des 1. Nr. 3 des 2. und Nr. 2 des 3. Armeekorps; Ref.-Inf.-Munitionskolonnen Nr. 43 des 9. Nr. 45 des 22. Reservekorps und Nr. 49 der 47. Ref.-Div. Art.-Munitionskolonnen Nr. 1 des Gardekorps, Nr. 5 des 17. Armeekorps sowie Wengel der 35. Ref.-Div.; Ref.-Art.-Munitionskol. Nr. 104. Ref.-Feldbauhilfs-Munitionskol. Nr. 412 der 9. Ref.-Div. Fußart.-Munitionskol. Nr. 2 des 1. Armeekorps und Nr. 23 des 41. Reservekorps.

Sanitätsformationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 3 des 2. und 9. Armeekorps. Kriegslazarett-Abt. Nr. 56A der Bugarmee. Ref.-Feldlazarett Nr. 44 des 9. Reservekorps; Ref.-Lazarett Jüterburg, Weimar und Wiesbaden.

Bezirkskommando I Dortmund und Duisburg. Feldpostexpedition der 29. Inf.-Div.

Die bahnratische Verlustliste Nr. 247 enthält Verluste des Inf.-Leib-Reg.: 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24. und 25. Inf.-Reg.; Jäger-Bat.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 1. 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 1. 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 15; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 1, 2, 3, 7, 9, 11, 12; Landst.-Inf.-Bataillone: Augsburg II, Augsburg III, Deggendorf, München III, Neustadt, Passau I; Landst.-Ers.-Bat. Unteriranfen I; 1. Scheres Reiter-Reg.; 1., 3. und 5. Chevaulogers-Reg.; 1., 4., 5., 7., 9., 10. und 11. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 5, 6; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Fußart.-Batterien Nr. 257, 493; Art.-Meh-trupp 57, 70; Landw.-Fußart.-Bat. Nr. 3; 2. Landst.-Fußart.-Bat. 1. A.-R.; 2. Pionier-Bat.; Minenwerfer-Komp. Nr. 1 und 3; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 4; 1. Landw.-Pionier-Komp. 3. A.-R.; Fern-sprech-Abt. 2; II. Munitionskol.-Abt. 2. A.-R.; Ref.-Art.-Munitionskolonne 8 (Staffel 19); Ref.-Art.-Munitionskol. 9 (Staffel 19); Korps-Brückentrain Nr. 3; Etappen-Fußart.-K. 1. A.-R.; Etappen-Fußart.-K. 12; 1. Etappen-Sammel-Komp. (Etappen-Inf.-K. 6); Armierungsbataillone Nr. 1 und 5; Verdrängungen. Der Inhalt der sächsischen Verlustliste Nr. 247, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

## Parteiveranstaltungen.

Reudlitz. Heute Mittwoh, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Bassege-Festlokalen, Bergstraße 151, eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl, Diskussion, Verchiedenes. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.

## Briefkasten der Redaktion.

C. B. 102. Sie müssen für die Zeit, während der Sie in Arbeit standen, Steuern zahlen. — Tegeel. Ja. — G. 100. Nach dem Strafgesetzbuch konnte auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden; aber die Strafverfolgung ist bereits verjährt. — H. J. 87. Die Schmeißer muß darauf dringen, daß das von ihr gezahlte Geld als Doppelgeld eingetragen wird. — H. B. 19. Die Einreichung der Militärpapiere wird erfolgen müssen, weil eine Nachmuntierung vorgenommen werden soll. — W. B. 10. Bei Bezug aus der Gemeinde würde Ihnen in dem — W. A. 32. Ja. — H. 7. In diesem Falle wäre wohl zu empfehlen, daß Sie sich an die zuständige Gewerkschaftsorganisation wenden. — N. H. 8. Unter den preussischen Ministerien der Unterrichtsangelegenheiten, Berlin W. 8, unter den Linden 4. — W. G. 13. Die weit aus dieser Spende schon Zusammenstellungen erfolgt sind, ist uns nicht bekannt. Daß aber Zusammenstellung nicht in jedem Falle geschieht, trifft zu. Vielleicht erinnern Sie nochmal an Ihre Gelübde. — G. H. 8. Wo sich die Ausgabestellen befinden ist und leider nicht bekannt, können Sie aber wohl erfahren beim Verband der Schneider, Seidstanzstr. 37/38. — P. S. 35. Zentrale für private Fürsorge, Altmittelstr. 4. — Wahllokal 45. An den Nummern vom 10. und 29. Oktober 1915. — W. 99. Uns leider nicht bekannt. Sichter zu erfahren beim Verband der Sattler, Engländer 14. — W. 7. 100. Am 21. Dezember 1915. — S. G. 21. Früher war die Grenzsumme 1000 M. seit mehreren Jahren ist sie auf 3000 M. erhöht. — H. W. 100. Ende des schönen Walfestes. — H. 36. An das Bureau des nationalen Frauen-Komitees in Ihrem Bezirk oder auch an Ihren Bezirksvorsitzer. — S. G. 30. Es werden mehrmals noch einmal gemeldet. — P. 98. Sie müssen zunächst die Frau zum Ehebündnis nach dem Ehebündnis laden. — H. G. 49. 1. Dieser Beweis muß gegen 2. Ja. 3. Der Regierungspräsident. — S. G. 100. Ihre Frau ist zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — W. B. 42. 1. Das ist ein Scheidungsgrund. 2. Ja. 3. Die Briefe aus dem Gefängnis tragen einen Vermerk der Direktion. — Ende. Sie können ein solches Testament eigenhändig machen, es muß von Ihnen selbst geschrieben sein. Ort und Datum und Ihre vollständige Namensunterzeichnung tragen. — Rudi 47. 1. Er bedarf dazu der Zustimmung des Regimentskommandeurs, auch nach dem 21. Jahre, da der Befreiende noch aktiv dient. Außerdem bedarf er jetzt der Genehmigung des Vaters oder Vormunds. 2. Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. 3. Nein. — T. G. 27. Die Eltern haben auch dann Anspruch auf Unterstützung. — R. 200. Wenn der Besagte noch dem mobilen Truppenteil angehört, kann die Klage jetzt nicht verfolgt werden. Sie müssen daher warten, bis er aus dem Decree-Bienst entlassen wird.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Früh und vielmal heiter, aber veränderlich und im Küstengebiet etwas Regen.